Nr. 282 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 141

Morgen-Ausgabe

1,50 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 160.— M. Postbestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 17. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Kampf um den Brotpreis.

Die Getreideumlage im Reichsrat.

Der Reichsrat hielt am Freitag in später Abendstunde eine öffentliche Sitzung ab, über die folgendes gemeldet wird: In der Hauptsache galt es, den Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 zu verabschieden. Die Ausschüsse des Reichsrates haben lange und eingehend über die Vorlage beraten und sich schließlich auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt. Die Vorlage verlangt wieder wie im Vorjahr eine

Umlage von 2½ Millionen Tonnen.

In der Vollsitzung ist der Reichsrat mit großer Mehrheit den Beschlüssen seiner Ausschüsse beigetreten. Er stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Brotversorgung allein gesichert ist auf dem Wege der Umlage. Das Ziel, die Bevölkerung ohne zeitliche und örtliche Stockung zu einem stabilen und erträglichen Preis in genügender Weise mit Brot zu versorgen, sei nur auf dem Wege der Umlage zu erreichen. Der Gesetzentwurf hat jedoch gegenüber dem vorjährigen Gesetz wesentliche Aenderungen erfahren, indem auf Grund der vorjährigen Erfahrungen mancherlei Härten ausgeglichen wurden und in manchen Punkten der Landwirtschaft Entgegenkommen gezeigt wurde. So ist vor allem vorgesehen, daß die Länder bei Festsetzung des Liefersolls auch die sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche einbeziehen können, wobei bis zu 5 Hektar freibleiben sollen. Der Kreis der versorgungsberechtigten Bevölkerung ist durch Ausschluß der vermögenden Bevölkerungsteile beschränkt worden. Des weiteren wurden vor allem in den Richtlinien für die Ober- und Unterverteilung der Umlage Gesichtspunkte aufgenommen, die eine gerechtere Verteilung sichern sollen. Auch ist die Zuziehung von Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher bei der Verteilung vorgesehen. Eine größere Oeffentlichkeit des Verteilungsverfahrens ist durch die örtliche Auslegung von Listen vorgesehen, die vor der endgültigen Festsetzung des Liefersolls das in Aussicht genommene Liefersoll angeben. Ein Antrag Bayerns, der Landwirtschaft noch eine Brücke zu freiwilliger Lieferung zu schlagen, fand wie bereits in den Ausschüssen aus praktischen Vollzugsgründen keine Mehrheit. Besonderes Gewicht wurde der Preisfrage beigemessen. Im Gesetz ist vorgesehen, daß die Reichsregierung die Umlagepreise nach Anhörung eines Ausschusses festsetzt, der aus Mitgliedern des Reichsrates, des Reichstages, Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher zusammengesetzt ist.

Die Umlagepreise werden wesentlich höher werden als die bisherigen. Es soll der Landwirtschaft aus den Gestehungskosten auch ein angemessener Unternehmergewinn und eine gewisse Sicherheit gegen eine künftige Steigerung der Erzeugerkosten gegeben werden. Ein einheitlicher Preis für das ganze Jahr, wie er 1921 festgesetzt war, soll mit Rücksicht auf die Unsicherheit der künftigen Entwicklung des Standes der Mark nicht bestimmt werden. Es soll vielmehr im Laufe des Wirtschaftsjahres für die zweite Hälfte der Umlage eine Nachprüfung der Angemessenheit der Preise und gegebenenfalls eine Neufestsetzung erfolgen, um die Preise den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Angenommen wurde von den Ausschüssen folgende vorgeschlagene Resolution:

„Die Reichsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob nicht der Preis für das Umlagegetreide in der Weise festgesetzt werden kann, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger ist als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922, für die zweite Hälfte nicht niedriger als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922."

Aus den Bestimmungen der Vorlage ist noch zu erwähnen, daß Hafer in einer Höhenlage über 400 Meter künftig voll abgerechnet werden soll. Angenommen wurde ein bayerischer Antrag, wonach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrates Vorschriften erlassen soll über die Verwertung der aus dem öffentlich bewirtschafteten Getreide entfallenden Kleie.

Die sächsische Regierung ließ erklären, daß nach ihrer Ansicht im Interesse der Brotversorgung eine Umlage von 4½ Millionen Tonnen notwendig sei, zumal bei der durch den geringen Stand der Mark erschwerten Einfuhr. Ferner müsse sich die sächsische Regierung entschieden gegen den Verteilungsmaßstab bei der Unterverteilung auf die Länder wenden, wobei der sächsischen Landwirtschaft unverhältnismäßige Opfer angesonnen wurden, die von Sachsen als offensichtliche Ungerechtigkeiten empfunden werden. — Die badische Regierung ließ erklären, daß sie der Vorlage zwar zustimme, daß sie aber gegen die Höhe der auf Baden entfallenden Umlage Protest erhebe und ersuche, vor der endgültigen Festsetzung die badischen Wünsche einer Nachprüfung zu unterziehen.

Die Abstimmung in der Vollsitzung ergab 49 Stimmen für und 16 gegen die Vorlage. Mit Ja stimmten: das preußische Staatsministerium, der Vertreter der Stadt Berlin, Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lübeck, Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Mit Nein stimmten: Der Vertreter von Ostpreußen, von Brandenburg, von Pommern, von Westpreußen-Posen, von Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau und Württemberg.

Abschied von Oberschlesien.

Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Der Trauertag ist angebrochen, den zu vermeiden wir drei Jahre lang heiß gekämpft haben! Ein Teil von Oberschlesien wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt. Ein Teil von dem Land, dessen Unzertrennbarkeit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen aller Länder, am meisten von den Oberschlesiern selbst, betont worden ist. Ein kostbares Stück deutscher Erde, das in jahrhundertelanger Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht ist, wird dadurch vom Mutterlande losgerissen.

Nach den ersten Friedensbedingungen sollte ganz Oberschlesien kurzer Hand Polen zugesprochen werden. Eine der wenigen Aenderungen, die in Versailles durchgesetzt werden konnten, war das Zugeständnis der Abstimmung. Die Oberschlesier wissen, unter wievielen Hemmungen und Bedrohungen, ja wie selbst unter Gefahr für Leib und Leben die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verlockenden Lage Deutschlands sprach sich die große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Nunmehr aber hieß es plötzlich, daß Oberschlesien teilbar sei. Vergeblich waren unsere Bemühungen, die Widersacher davon zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Versailles Vertrages, sondern auch das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft die Einheit fordere. Der Genfer Spruch hat diesen blühenden, lebendigen Organismus grausam zerschnitten. Gegen diesen Spruch haben wir eine für alle Zeiten gültige Verwahrung eingelegt.

Oberschlesier, die ihr heute von uns scheiden müßt! Euch rufen wir die letzten Abschiedsgrüße zu. Habt Dank für eure Treue! Die Gefühle, mit denen ihr diesen Tag erlebt, teilt mit euch das deutsche Volk. Wir haben uns bemüht, durch ein Abkommen mit Polen euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage soll euch vor allem das Gut erhalten werden, an dem ihr hängt, wie wir: Die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl.

Oberschlesier, die ihr bei uns bleibt, die ihr nach jahrelangem Dulden und Harren der Fesseln der Fremdherrschaft ledig werdet! Seid dessen gewiß, daß wir euch nach Kräften helfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche euch Jahre der Bedrückung geschlagen haben. Unter dem Schutz des Rechts und der Freiheit werdet ihr wieder eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten. Ihr werdet euch durch berechtigte Erbitterung zu keiner ungesetzlichen Handlung verführen lassen, und ihr werdet das in Genf geschlossene Abkommen wahren. Ihr wißt, daß eine Kommission unter neutraler Führung über Schutz und Rechte der Polen hier, der Deutschen dort wachen wird, und daß ihr euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten würdet, wenn ihr für das Erduldete Vergeltung üben wolltet.

Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die euer Heimatland zerreißt und den Bruder vom Bruder trennt, reicht euch das ganze deutsche Volk die Hand!

Der Reichspräsident
Ebert.

Die Reichsregierung. Wirth.
Die preußische Staatsregierung. Braun.

Flaggen auf Halbmast.

Das preußische Staatsministerium hat in seiner Sitzung am Mittwoch in Ergänzung eines Beschlusses der Reichsregierung beschlossen, daß alle staatlichen Gebäude, Behörden, Schulen usw. am Sonnabend, den 17. Juni, zum Zeichen der Trauer über die Abtretung der oberschlesischen Gebietsteile an Polen Halbmast flaggen.

Das thüringische Kreisgesetz angenommen. Das thüringische Kreiseinteilungsgesetz wurde am Freitagabend im Thüringischen Landtag gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien angenommen. Damit ist die Entwicklung des Landes Thüringen auf lange Zeit hinaus in einer der sozialistischen Mehrheit des Landes entsprechenden Richtung festgelegt. Die bürgerlichen Parteien gaben feierliche Erklärungen ab, in denen sie gegen das Kreiseinteilungsgesetz protestieren.

Beamteninternationalismus.

Von Albert Falkenberg.

In der Zeit vom 17. bis 22. August d. J. veranstaltet die IPTT. (Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe) in Berlin ihren 2. Kongreß in Verbindung mit dem 3. Internationalen Telegraphistenwettstreit, dem die deutsche Reichspostverwaltung besondere Förderung zuteil werden läßt. Kongreß und Wettstreit verdienen nicht nur vom berufspolitischen Standpunkt besondere Beachtung, sondern auch unter organisatorischen und allgemeinpolitischen Gesichtspunkten.

Schon die erste Telegraphistenschau in Como vom Jahre 1899 hat, ebenso wie die zweite 1911 in Turin veranstaltete, den Beweis erbracht, daß Wettbewerbe unter den Telegraphisten der europäischen Länder geeignet sind, neben der Vermittlung der persönlichen Bekanntschaft von Menschen, die in täglichem Dienstverkehr miteinander in Fühlung stehen, auch dem Fortschritt in der Entwicklung der Verkehrsmittel und ihrer Anwendung zu dienen vermögen. Die Tatsache, daß der bevorstehende Berliner Telegraphistenwettstreit den ersten Versuch der Wiederannäherung der Beamtenkörper der verschiedenen Länder nach dem Weltkriege darstellt, verleiht ihm eine besondere Note, die von allen Freunden der Völkerverständigung freudig begrüßt werden dürfte. Daß gerade Beamte in Verbindung mit einer internationalen Kongreßveranstaltung den Weg brüderlicher Zusammenarbeit beschreiten, gereicht ihnen zur besonderen Ehre. Zeigen sie doch mit ihrem Beginnen, daß auch in ihren Reihen der Gedanke des Internationalismus höher gewertet wird als leere Schlagwortphrase ohne tieferen Inhalt.

Der Begriff Beamteninternationalismus ist durchaus nicht neueren Datums; aber er beginnt doch erst jetzt von allen, die ihn in ihr Programm aufgenommen haben, als Gedankenwelt aufzuleuchten, deren Durchforschung aus nationaler Beengtheit herauszuführen verspricht. Die am 31. Oktober 1920 in Mailand gegründete IPTT. hat die Internationale Liga des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals der Vorkriegszeit abgelöst. In dieser Internationale, die ihren ersten Kongreß am 6. und 7. Juni 1911 in Paris abhielt, waren zurzeit der Veranstaltung ihres zweiten Kongresses Ende Juni 1914 in London rund 160 000 Mitglieder vereinigt. England, Frankreich, Italien, die Schweiz, Oesterreich, Portugal, Bulgarien und Holland waren schon damals beteiligt. Deutschland aber fehlte in diesem Kreise. Wir lebten im kaiserlichen Deutschland, und es wurde den deutschen Beamten als Staatsverbrechen angerechnet, wenn sie auch nur den Versuch unternahmen, sich international zu orientieren. Ein einziger Verband der Postbeamtenschaft, der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten, brachte den Mut auf, einen Vertreter nach London zu entsenden. Der Schreiber dieser Zeilen schloß sich ihm auf eigene Rechnung und Gefahr an, um sich an Ort und Stelle über den Aufmarsch der internationalen Beamtenfront zu unterrichten. Die damals gewonnenen Eindrücke sind unverlöschlich. Ein Sprecher der französischen Vertreter bezeichnete schon damals die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Kameraden als „einen neuen Schritt dem Weltfrieden entgegen, den beide Völker auf jeder Seite der Vogesen inständig wünschen". Wenn auch der bald nach dem Kongreß ausbrechende Weltkrieg die Bande internationaler Gemeinschaft zerriß, so konnte er doch nicht verhindern, daß die zwar dünnen Fäden persönlicher Freundschaft auch über die Abgründe hinweg, die der Weltbrand zwischen den Völkern schuf, weitergesponnen wurden, um nach der Beendigung des Völkermordens der Aufnahme neuer Beziehungen zu dienen.

Auf Anregung französischer Postbeamten kam im Februar 1920 in Wien eine zwanglose Besprechung zustande. Wenn auch diese Zusammenkunft, zu der England einen Vertreter nicht entsandt hatte, unter den Auswirkungen der furchtbaren Erlebnisse des Weltkrieges litt, so ebnete sie doch den Boden für sachliche Weiterarbeit, die dann in der zum 15. Juni 1920 nach Bern einberufenen Sitzung des Vollzugsausschusses geleistet wurde. Die Beratungen in Bern trugen wesentlich zur Klärung der Lage bei; der hier festgestellte Entwurf der Satzungen der IPTT. zeigt die beginnende Mobilisierung der Geister für den internationalen Gedanken in seiner neuen Form. Was in der Vorläuferin der IPTT., der internationalen Liga der Vorkriegszeit, als Stimmungsatmosphäre vorhanden war, kam in den Thesen der Satzung der IPTT. als Niederschlag festen Wollens zum Ausdruck. Ueber das Gebiet berufspolitischer Fragen hinaus wird der Anschluß an die vorhandenen Möglichkeiten vertiefender Völkerverständigung bewußt erstrebt. Nationale Ländergrenzen dürfen nicht länger Hemmnis für die Internationalisierung des Geistes sein. Dieser Satz gilt auch für die Beamten und nicht zuletzt auch für die deutsche Beamtenschaft, in der heute noch weite Kreise glauben, mit überholten Gründen einem zeitgemäßen Beamteninternationalismus entgegenarbeiten zu sollen. Wenn die Gegner des internationalen Gedankens die Konferenzen des Vollzugsausschusses der IPTT. 1920 in Bern, 1921 in Prag und eben erst in Koblenz hätten miterleben können, wenn sie die dort geleistete Arbeit objektiv zu werten verstün-

den, müßte auch ihnen aufdämmern, welche ideellen Werte sich hier im Wege berufspolitischer Praxis heben lassen. Bedeutet es gar nichts, wenn die verschiedenen Methoden zur Sicherung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben aneinander gemessen werden und auf diese Art sich dem internationalen Beamtenvertreter neue Ausblicke für die Lösung der bedeutsamen Frage im eigenen Lande eröffnen? Gibt es nicht für die Beamten aller Länder gleich stark interessierende Fragen, z. B. das Lohn- und Gehaltsproblem, die Fragen der Arbeitszeit und der Arbeitshygiene, die gemeinsame Bearbeitung geradezu fordern? Muß aber nicht vor allem die Beamten aller Länder die Wohlfahrt ihres Landes besonders bewegen? Technik und Verkehr treiben zur Weltwirtschaft, die die Sammlung und planmäßige Verwendung nationaler Kräfte zur Förderung der internationalen Interessen der Völker fordert. Weltwirtschaft treiben heißt aber nicht nur den Austausch materieller Güter besorgen, sondern auch die Seelen der Menschen einander näher bringen. Menschenverständigung wird darum immer auch das natürliche Ziel der internationalen Beamtenbewegung sein müssen. Dieses Ziel ist durchaus nicht in einseitigem Parteidoktrinarismus begründet, es findet vielmehr Anhänger in den Kreisen aller derjenigen, die als Förderer wahrhafter Kultur sich bemühen, die Völker aus der bisherigen Katastrophenpolitik auf den Weg befreiender Aufwärtsentwicklung zu leiten. Diese höchste Aufgabe läßt sich weder durch internationale Kongresse, noch durch die Propagierung inhaltsleerer Völkerverbrüderungsgedanken lösen, sondern allein im Wege des Erziehungsprozesses, der mit Kleinarbeit da einsetzt, wo auch der einfache Mensch sie zu leisten ein Interesse hat, nämlich bei der Verbesserung seines Erdenloses. Bei dem Arbeitnehmer — also auch beim Beamten — aller Länder beginnt die Hebung seines Lebensstandards mit der vernunftmäßigen Ausnützung seiner Arbeitskraft zum Zwecke der Steigerung seiner Kulturfähigkeit. Der Mensch ist mehr als Maschine. Nicht nur für Deutschland hat dieser Satz Geltung, sondern für alle Länder, in denen Menschenverstand an der Vervollkommnung der Welt und ihrer Einrichtungen arbeitet.

Wenn der 2. Kongreß der IMTT. im August d. J. in Berlin in seinen Beratungen bei den Postbeamten Englands, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und der neutralen Länder den in vorstehenden Ausführungen gekennzeichneten Geist wecken würde, hätte er neben der ihm obliegenden Lösung berufspolitischer Aufgaben die europäische Betriebsbeamtenschaft ein Stück vorwärts gebracht, um das sie von den Angehörigen anderer Berufszweige beneidet zu werden verdienten. Vorausgesetzt allerdings, daß aus solchem Geiste der Tagung der Wille des Handelns erstarkte. Nicht, um in uferlosem Internationalismus zu versanden, sondern um die auf nationalem Boden geschulten Kräfte für die internationale Befreiung der Völker vom wirtschaftlichen und geistigen Joch bereitzustellen.

Der „faule" Frieden.

Daß es Leute gibt, die durch alle Erfahrungen nicht um ein Jota klüger werden, beweist der Oberst a. D. Immanuel, der in der „Deutschen Zeitung" über die Frage philosophiert: „Wer ist schuld an Deutschlands Unglück?" Oberst a. D. Immanuel müßte kein Alldeutscher sein, wenn nach seiner Auffassung nicht die am Kriege schuld wären, die für den Frieden gearbeitet haben, und an dem unglücklichen Ausgang des Krieges die, die für seine rechtzeitige Beendigung eintreten. Dabei versteigt er sich zu folgenden Sätzen:

Daneben gewannen der unheilvolle Glaube an einen Verständigungsfrieden, an die Möglichkeit der friedlichen Schlichtung, und, Hand in Hand damit, die Irrlehre des Pazifismus Boden, dazu in einem mehr und mehr steigenden Maße, je geschlossener die Entente wurde, je mitleidloser sie nach dem Zutritt Amerikas den Kampf um Sein oder Nichtsein zu führen gewillt war. Auf Ententeseite Diktatur und eisenharter Wille, auf unserer Seite trotz der Höchstleistungen unserer Kämpfer politische Mattherzigkeit und Weichheit gegen die Mittel- und Linksparteien, denen der faule Frieden mehr gilt als das mannhafte Durchhalten, koste es, was es wolle!

Das „mannhafte Durchhalten, koste es, was es wolle", hat uns bekanntlich — alles gekostet. Der „faule Friede" dagegen, den die Sozialdemokratie während des Krieges erstrebte und dessen Abschluß allein durch die Intrigen der Alldeutschen und der mit ihnen im Bunde stehenden Militärs verhindert worden ist, würde heute allen Deutschen ohne Ausnahme als eine unendliche Wohltat erscheinen. Denn der „faule Frieden", zu dem England im Jahre 1917 bereit war, hätte uns nichts auferlegt als eine Entschädigung allein an Belgien, eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, im übrigen aber den unversehrten Besitz aller deutschen Gebietsteile und die Rückgabe der Kolonien sowie die Freiheit von allen sonstigen Lasten gebracht. Wie herrlich, daß die Anhänger des Kampfes um Sein oder Nichtsein, die schließlich für das Nichtsein entschieden haben, uns diese Chance verpassen ließen!

Die Hermes-Untersuchung.

Hermes und der Winzerverband haben in den letzten Sitzungen des Untersuchungsausschusses zu ihrer Verteidigung angeführt, daß es gang und gäbe wäre, hochgestellten Persönlichkeiten Weine erster Qualität zu ganz niedrigen Preisen oder ohne Entgelt zu liefern, um ihre Geneigtheit zur Förderung des Weinbaus zu erhöhen. Daraufhin stellte Abg. Dr. Hertz (USP.) die Frage, an welche Persönlichkeiten solche Lieferungen noch gegangen seien. Diese Frage lehnte die bürgerliche Ausschußmehrheit ab, ebenso die Eventualfrage, welche Minister solche Lieferungen erhalten hätten. Für die Zulassung dieser Eventualfrage stimmte mit den Sozialisten auch der Vorsitzende, Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.). Schließlich wurde auch die Frage abgelehnt, wer die anderen Teilhaber an dem von Hermes angeblich 1921 gekauften Fuder Wein gewesen sind.

Diese Stellungnahme des Ausschusses hat in der Oeffentlichkeit begreifliches Aufsehen erregt. Wenn auch zugegeben sein mag, daß der Ausschuß sich hierbei in einer etwas prekären Situation befunden hat, so kann doch nicht bestritten werden, daß die Abweisung dieser Fragen den Eindruck erwecken könnte, als ob der Ausschuß nicht alles tun wolle, um die Angelegenheit lückenlos aufzuklären. Es kann nicht im Interesse des Ansehens der Republik liegen, wenn die Behauptung nicht widerlegt wird, daß außer Hermes auch noch andere hochgestellte Persönlichkeiten derartige private Zuwendungen erhalten hätten. Der Ausschuß wird sich deshalb überlegen müssen, ob er diese seine Entscheidung nicht nachträglich durch eine bessere ersetzt — insbesondere dann, wenn er die Absicht haben sollte, das Verfahren vor dem Untersuchungsausschuß vollkommen unabhängig von dem Gerichtsverfahren gegen die „Freiheit" durchzuführen.

Teuerungsaktion für die Beamten.

Im Beamtenausschuß des Reichstages gab die Regierung am Freitag bei der Besprechung der neuen Teuerungsaktion für die Beamten die Erklärung ab, daß sie bereit sei, in Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse die Gehälter bzw. Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu erhöhen. Am Montag sollen zunächst Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ländern über die Teuerungsaktion stattfinden; für Dienstag sind Besprechungen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer vorgesehen. Der Ausschuß ersuchte die Regierung ausdrücklich, die Aktion so zu beschleunigen, daß der Reichstag noch bis zum 28. Juni, dem Vertagungstermin, Gelegenheit hat, die neue Vorlage gründlich durchzuberaten. Die Regierung sagte das zu.

Zum litauischen Gesandten in Berlin ernannt ist nach dem Blatt „Nakanune" der bisherige litauische Gesandte in Bern Sidzikauskas. Der bisherige Gesandte Hallius hat den Gesandtenposten in Reval übernommen.

Der Kampf um den Brotpreis.

Die Getreideumlage im Reichsrat und Reichstag.

Die Vorlage über die Getreidevorlage wird nun heute dem Reichstag zugehen, der am Montag die erste Lesung vornehmen wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird darauf bestehen müssen, daß eine ausreichende Menge erfaßt wird und zu wesentlich verbilligten Preisen abgegeben wird. Das ist eine Lebensfrage nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Beamten, die Angestellten, den städtischen Mittelstand. Würde die Umlage abgelehnt oder so gestaltet, daß sie ihre Wirkung verliert und käme das Brot allgemein auf den „freien" Marktpreis, so würden 1000 Gramm statt bisher rund 16 M. 40 bis 45 M. kosten. Das kann niemand wollen, der nicht zielbewußt und konsequent den Zusammenbruch unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse herbeiführen will.

Der Wunsch, die kleinen Landwirte von der Umlage zu verschonen, kann durchaus Berücksichtigung finden, da die größeren und größten leistungsfähig genug sind, die Umlage allein zu tragen, besonders wenn auch den Besitzern von großen Forsten und Weideländereien eine ihrer wirtschaftlichen Kraft entsprechende Leistung auferlegt wird. Geradezu tollkühn aber erscheint die Spekulation der Rechtsparteien auf die unheilbare Blindheit ihrer städtischen Anhänger, denen sie das Brot auf 45 M. verteuern wollen, indem sie den Wunsch der Großagrarier nach der „freien" Wirtschaft unterstützen.

Man darf sich darüber nicht täuschen, daß in den nächsten Tagen ein sehr schwerer Kampf ausgefochten werden wird, der die weitestragenden politischen Konsequenzen haben kann.

Die Not der Presse.

Tagung des Zeitungsverleger-Vereins.

Hamburg, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag wurde hier die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger eröffnet, zu der Vertreter der Reichsregierung und des Hamburger Senats erschienen waren. Mit der Vertretung der Reichsregierung ist Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium beauftragt. Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte im letzten Augenblick auf die Teilnahme verzichten müssen. Geheimrat Haas als Vertreter der Pressestelle der Reichsregierung sagte, die deutsche Presse dürfe in ihrer Not nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Es sei zu hoffen, daß zwischen Zeitungsverlegern und Regierung eine Einigung über den Gesetzentwurf zur Behebung der Not der Presse erzielt wird.

Damit war der erste Teil der Verhandlungen erledigt. Unter Teilnahme des Staatssekretärs Hirsch wurde in den internen Teil der Beratungen eingetreten, der besonders der Besprechung der Regierungsmaßnahmen gilt.

Am Nachmittag vereinigten sich die anwesenden Geschäftsführer der sozialdemokratischen Blätter zu einer besonderen Besprechung über die Lage der Parteipresse.

Nach den internen Besprechungen wandte sich die Versammlung dem Hauptgegenstand der Beratungen, der Not der deutschen Presse, zu. Dr. Knittel-Karlsruhe gab ein erschöpfendes Bild von dem erschreckenden Niedergang der Presse. Hieran anknüpfend unterstrich Staatssekretär Professor Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium die nationale, politische und kulturelle Bedeutung der deutschen Presse in ihrer jetzigen Struktur. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage, gab er die Grundgedanken des Gesetzentwurfs zur Linderung der Not der Presse bekannt, den die Reichsregierung vorgestern angenommen hat. Der Gesetzentwurf, der in den nächsten Tagen dem Reichsrat vorgelegt wird, stelle einen Versuch dar, der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse, die von der Reichsregierung und dem Parlament in vollem Umfange anerkannt wird, in gewissem Maße zu steuern. In der Debatte wurde einmütig und mit Nachdruck betont, die deutsche Presse müsse angesichts der sich dauernd verschärfenden Lage erwarten, daß die Vorschläge der Reichsregierung noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages Gesetzeskraft erhalten, da sonst, wie von den verschiedensten Rednern aus allen Teilen des Reiches ausgeführt wurde, jede Maßnahme zu spät kommen würde.

Jesus im Zylinder.

Von Artur Zickler.

An den Anschlagsäulen der deutschen Großstädte tummeln sich schon seit mehreren Jahren die höchst ölbernen Plakate einer Bande berufsmäßiger Erlöser, die unter dem Oberbefehl des Sektfabrikanten a. D. Louis Häußer stehen. Von Hamburg aus, wo er eine Zeitlang eine Hurenzeitung herausgab, ist dieses Opfer seines Sektes oder einer Paralyse nach Berlin gekommen, wo er in Gemeinschaft mit seinem geistig beschlossenen Adjutanten Stark eine Großoffensive auf die hiesige Neo-Intelligenz unternimmt. Oeffentliche Versammlungen sind dieser Neppgilde verboten, was mit bedrohter Versammlungsfreiheit nichts zu tun hat, da es sich hier nur um groben Unfug handelt, der um so gemeiner ist, als er sich pöbelhaft an den Gesinnungsinhalten der werktätigen Bevölkerung vergreift. Besonders heftig betonen diese Geisteshoroen, die nicht imstande sind, einen stilistisch klaren Satz zu sprechen oder zu schreiben, daß sie Monarchen seien, wahrscheinlich in der gewitzigten Erkenntnis, in Monarchistenhirnen die trefflichsten Weideplätze für ihre Kleinlerzucht von „Ideen" zu finden. Verwunderlich scheint nur (selbst für den, der das Allgemeingut der menschlichen Dummheit nicht unterschätzt), wie groß verhältnismäßig der Zulauf ist, den die Versammlungen dieser Apostel finden. Gewiß besuchen viele die Veranstaltungen nur, um sich zu vergnügen, trotzdem bleibt die Zahl der „Gläubigen" und (worauf das Ganze abzielt) Zahlenden noch erstaunlich groß.

Zeitsymptom! Die Welt ist krank, und wo die Aerzte versagen, haben die Charlatane alle Hände voll zu tun. Der Zug zur Mystik, zum Aberglauben, zur Wunder- und Erlösungsgläubigkeit ist die Parallele zur Alkoholseuche, die erschreckend grassiert. Und mag, um im Bilde zu bleiben, der Seelenschnaps des Häußer-Konzerns aus übelstem Holzfusel bestehen — getrunken wird er doch. Neben hirnrissigen Kleinbürgern füllt ein Proletariat die Abende der Häußeraner, dessen geistige und körperliche Not erschütternd auf den Beobachter wirkt, und wenn man die schmutzigen, aber an Umfang beträchtlichen Geldscheinhaufen sieht, die am Eingange aus den Taschen der Verelendeten in die Kasse des vollbärtigen eleganten Herrn Propheten (mit Gehrock und Zylinder) fließen, so fällt es schwer, Ohrfeigen für Barbarei zu halten.

Es soll nichts gegen ein religiöses Schwärmertum, nichts gegen jene seltsamen Zeitgenossen gesagt werden, die im härenen Gewand, christusfrisiert und selbstbesessen durch die Lande ziehen, um eine Nachfolgerschaft Christi zu predigen, an die außer ihnen selbst kaum jemand glaubt. Diese Leute sind durchweg bettelarm und harmlos. Es gibt so seltsame Gewächse in Gottes Garten, daß solcherlei Gebilde nur die Reize der Mannigfaltigkeit erhöhen — die Häußer-Compagnie aber gehört nicht dazu, sondern ist eine Fledder-Industrie, die lahmzulegen ein Verdienst von allgemeiner Bedeutung ist. Es gibt Albernheiten, die der versöhnlichen Linie einer gewissen Grazie und Originalität nicht entbehren, Häußers und seiner Teilhaber „Weisheiten" aber sind banal und doof, ihre Art, aufzutreten, ist frech und witzlos, ihre Absicht, Geld zu machen, allzu offensichtlich und plump. Der beste Rat, den man diesen Erlösern von Papiergeld aus fremden Taschen geben kann, ist der, sich das Beispiel anderer Monarchen zu nehmen und samt ihrer Kaldaunenphilosophie zu verdusten — besonders jetzt, nachdem sie, wie vorgestern in Waidmannslust, mit Revolvern zu schießen beginnen.

Zwei Welten. Wer viel in der Bahn fährt, bekommt allerlei zu hören. Klagelieder und Jubellieder auf die Zeit. Die einen jammern, daß sie kaum mehr Brot und Kartoffeln kaufen können. Die anderen erzählen, daß sie nun schon allen ihren Töchtern die Ausstattungen gekauft haben. Wenn die Mädels auch erst zwölf oder fünfzehn Jahre alt sind, sie haben alles bis auf den Regulator und die Nähmaschine. Behäbig und breitspurig erzählen das die Bauernfrauen. Von den Gardinen und Wäscheeinkäufen erzählen sie, und wieviel Kuchen sie zu Pfingsten gebacken haben und daß die Gänse im Herbst wohl auf achthundert Mark das Stück kommen werden. Die anderen sitzen und sagen nichts und lassen ihre Galle überlaufen. Sie starren zum Fenster hinaus und zählen die Markscheine im stillen nach, den Lohn harter und mühevoller Arbeit, der kaum für die allernotwendigsten Ausgaben reicht. Sitzen wie auf Kohlen und fressen eine unbändige Wut in sich hinein, daß sie am liebsten mit Fäusten um sich schlagen möchten. Denn ungleicher hat das Leben seine Gaben wohl niemals verteilt als jetzt. Der Wagen rattert eintönig dahin durch das reifende Land. Blendende Sonne flirrt um Halme und Laub. Aus der Ferne ruft der Kuckuck. Ein blauer, wolkenloser Himmel strahlt sommerlich blank. Alle Fluren sind sichtlich gesegnet. Aber nur für diejenigen gesegnet, denen die Ackerscholle gehört. Die anderen sind in eine unerhörte Hörigkeit und Abhängigkeit von ihnen geraten. Und ein dumpfer Groll schwelt durch den sonnendunstigen Raum des niedrigen Abteils, in dem zwei Welten sich feindlich gegenübersitzen: eine, die nicht weiß, wo sie mit ihrem überflüssigen Gelde hin soll, und eine, der trotz aller Arbeit und allem Fleiße der Verdienst nicht für des Lebens äußerste Notdurft langen will. . . .

Licht, Farbe und Gemüt. Die Deutsche Gesellschaft für Licht- und Farbenforschung in München hat Anschauungstafeln für Schulen, Sanatorien, Krankenhäuser usw. herausgegeben, in denen wichtige Erfahrungen über Farbe-Hygiene niedergelegt sind. Um sich der Farbenanwendung in Wohn- und Krankenräumen, bei Häuseranstrichen usw. bewußt zu werden und sie richtig anzuwenden, ist es nötig, ihren Charakter und dadurch ihre psychologische Einwirkung auf das Gemüt des Menschen kennen zu lernen. Zu den Einwirkungen der einzelnen Farben ist folgendes zu sagen: Weiß macht einen Raum größer und heller, aber leer und kalt. Rosa bedeutet zartes Leben. Kinder in einem Zimmer mit rosenroten Wänden und rosenrot gebrochenem Licht arbeiten willig und mehr als sonst. Der Blutumlauf und die Herztätigkeit ist eine größere der Appetit steigert sich. Gelb täuscht Lichtflut vor, erzeugt das Gefühl von Sonnenwärme, macht auf das Gemüt einen behaglichen Eindruck. Trübe Zimmer werden durch gelbe Tapete belebter und heiterer. Orange bedeutet den Höhepunkt der Wärme, macht lebensfroh. Orangefarbige Vorhänge im Schlafzimmer lösen einen Farbenschmelz aus, der anregend auf die Nerven und dadurch auf den ganzen Menschen wirkt. Rot bedeutet die Farbe der jugendlichen Lebenslust, Kraft, leidenschaftlichen Aufregung; es greift die Augen am stärksten an, ist voll Leben und Energie. Reines, neutrales Rot stört die Ruhe, reißt durch seine tiefer, Schwermütige werden in eine lebhaftere Gemütsstimmung Aufdringlichkeit an sich, gestaltet den Pulsschlag reger. Phlegmaversetzt; nervöse Menschen müssen Rot meiden. Violett stimmt düster, schwermütig, still, melancholisch. Blau wirkt beruhigend und einschläfernd. Kranke schlafen bei einem Nachtlicht mit blauem Schirm besser als im Dunkeln. In einem dunkelblauen Zimmer findert man bei längerer Aufenthaltsdauer Migräne. Grün wirkt beruhigend. Grau wirkt in größerer Ausdehnung öde, nüchtern. Der Mensch wird in solchen schmutzigfarbenen Zimmern niedergeschlagen, betrübt, legt Arbeitsunlust an den Tag. Es versetzt den Kranken in deprimierte Stimmung.

New York im Orkan. Ein furchtbarer Orkan, wie er noch nie bisher über New York hingebraust ist, hat die Stadt an einem der letzten Sonntage heimgesucht. Nach den ersten Meldungen wurden dabei 49 Personen getötet; 32 werden vermißt und viele Hunderte wurden verletzt. Ganz plötzlich stürmte dieser verheerende Wirbelwind über die vielen Zehntausende nieder, die sich an einem prachtvollen Sonntagnachmittag in den Parks der Vergnügungslokale und auf dem Wasser der Ströme befanden. In ganz kurzer Zeit hatten dichte Massen schwarzer Wolken den vorher strahlend blauen Sommerhimmel bezogen. Die Wolken befanden sich nur wenige hundert Fuß über dem Boden. Aus ihnen wirbelten gelbe Dünste, und ganze Mauern von Staub stürzten sich hernieder. Große Bäume wurden entwurzelt und wie Streichhölzer fortgeweht. Die Drähte der elektrischen Leitungen hingen herunter, und verschiedene Personen sollen durch die Berührung der Drähte getötet worden sein. Das gesamte Telegraphen- und Telephonsystem geriet in Stockung. Der größte Teil der Todesfälle ereignete sich auf City Island, einem beliebten Vergnügungsort, um den herum die Gewässer mit Hunderten von Booten bedeckt waren. Diese wurden umgeworfen und sanken zu Dutzenden. Der Sturm, der im ganzen noch nicht eine halbe Stunde dauerte, war durch keine Wettererscheinungen irgendwelcher Art vorbereitet. Er bildete große Wirbel, die alle Arten von Gegenständen aufsaugten und in die Luft schleuderten, um sie dann mit furchtbarer Gewalt wieder herabzuwerfen. Das Unglück war übrigens nicht auf New York beschränkt, sondern man glaubt, daß die Wirkung des Sturmes sich von Ohio bis nach Massachusetts ausdehnte. Es ist daher mit sehr schweren Opfern und einem ungeheuren Sachschaden zu rechnen.

Der nationalgesinnte Kuhfladen. In der „Deutschen Tagesztg." finden wir folgendes Inserat:

Gesucht zum 15. 7. ein jüngerer, verh.

Oberschweizer

für ca. 100 Stück, nationalgesinnt, tüchtig im Fach. Nur Bewerber mit langjährigen Ia Zeugnissen kommen in Frage! Freimarke. Domin. . . . b. Brandenburg, H.

Bei den hohen Ansprüchen, die das nationalgesinnte Rindvieh überall in Deutschland zu stellen pflegt, ist es selbstverständlich, daß nur Bewerber mit Ia Zeugnissen in Frage kommen können.

Poincaré auf dem Wege nach London.

Paris, 16. Juni. (WTB.) Poincaré hat in Begleitung seines Kabinettschefs Grignon Paris um 3,50 nachmittags verlassen, um sich nach London zu begeben.

Das Bemelmans-Abkommen.

Paris, 16. Juni. (EP.) Die Reparationskommission hat heute morgen das Abkommen Bemelmans über die Sachleistungen, das am 27. Februar 1922 in Berlin unterzeichnet wurde, endgültig ratifiziert. Sobald der Reichstag das Abkommen seinerseits ratifiziert haben wird — und man hofft, daß dies Anfang nächster Woche geschehen wird — wird das Abkommen für alle Alliierten in Kraft treten. Der „Temps" schreibt, daß die französischen Kriegsgeschädigten sodann in einigen Tagen in der Lage sein werden, sich direkt mit den deutschen Fabrikanten in Verbindung zu setzen, um Reparationssachleistungen zu bekommen, die von der Reparationskommission Deutschland gutgeschrieben werden. Frankreich hat für das Jahr 1922 an Sachleistungen ein Guthaben von 950 Millionen Goldmark aus den Lieferungen von Kohle, Farbstoffen usw., hat aber wirklich bis jetzt nur für 10 Millionen bezogen.

Vorverhandlungen im Haag.

Haag, 16. Juni. (Haager Korrespondenzbureau.) Heute vormittag, 11 Uhr, trat die Konferenz zu einer Sitzung zusammen. Nach Besprechung der Beschlüsse der Genueser Konferenz wurde eine Kommission für die russischen Angelegenheiten ernannt, die in drei Unterkommissionen zerfällt, eine für die Staatsschulden, eine für das Privateigentum und eine für die Kredite. Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr.

Heute nachmittag 4 Uhr werden die Beratungen fortgesetzt werden. Dann werden die Methoden festgelegt werden, die die russische Kommission befolgen soll. Nach Schluß der Sitzung werden sich mehrere Delegierte nach ihren Ländern begeben, um mit ihren Regierungen die Beschlüsse des heutigen Tages zu beraten. In der Sitzung von Montag soll dann mitgeteilt werden, ob die verschiedenen Regierungen mit den heute gefaßten Beschlüssen einverstanden sind, damit endgültige Beschlüsse gefaßt werden können.

*

Die Zusammensetzung der russischen Delegation für die Haager Konferenz steht, wie der „Ost-Expreß" erfährt, nunmehr fest. Entgegen anderslautenden Meldungen besteht die Delegation aus folgenden fünf Mitgliedern: Litwinow (Vorsitzender), Krassin, Rakowski, Krestinski und Sokolnikow. Der Delegation gehören außerdem elf Mitarbeiter und Sachverständige an. Die Delegation wird über Berlin in den Haag reisen. Tschitscherin wird das Eintreffen der Delegation in Berlin abwarten, um Vorbesprechungen mit ihr abzuhalten. Der Berliner Sowjetvertreter Krestinski reist mogen auf dem Luftwege nach Moskau, um noch vor der Haager Konferenz mit dem Rat der Volkskommissare Fühlung zu nehmen. Bereits am nächsten Donnerstag will Krestinski wieder in Berlin sein, um sich von hier nach dem Haag zu begeben.

Ein Gerücht über die Ermordung Vandervelides war gestern nachmittag in Brüssel verbreitet und erregte große Aufregung. Eine von dort an uns gerichtete Anfrage veranlaßte uns zu Nachforschungen beim Auswärtigen Amt und bei der Sowjetgesandtschaft. An beiden Stellen war von der Sache nichts bekannt und die Nachricht stieß dort auf stärkste Zweifel. Die Hoffnung ist daher voll berechtigt, daß sich das Gerücht als gegenstandslos erweisen wird.

Giftpfeile gegen Republikaner. Seit Jahr und Tag werden in der monarchistischen Presse zielbewußt Verleumdungen republikanischer Persönlichkeiten verbreitet. So ist kürzlich wieder die bezeichnenderweise auch vom Wolffschen Telegraphenbureau begierig aufgegriffene Nachricht durch rechtsstehende Blätter gegangen, der frühere meiningische Staatsrat Genosse Heinrich Eckardt, Salzungen in Thüringen, habe das ehemalige herzoglich meiningische Jagdschloß Kissel mit allem Zubehör gekauft. Die bösartige Tendenz der Verbreitung einer solchen Nachricht liegt klar zutage. Genosse Eckardt veröffentlicht eine Erklärung, in welcher er feststellt, daß die fragliche Meldung ein bewußter Schwindel ist.

Der Nächste!

„Den Erzberger haben sie ermordet, jetzt kommt ein anderer dran: das ist der Wirth!"
Wilhelm Hümmel, Düsseldorf.

„Du sollst deinen Nächsten lieben!"
steht in der Heiligen Schrift geschrieben.
Das Wort ist nicht für Deutschland gefallen.
Blausäure gast. Revolver knallen . . .
„Der Nächste ist Wirth . . .!"

Das schießt aus dem Hinterhalte.
Das spritzt im Kasseler Walde.
Das flüchtet und feiert im fremden Lande
die deutsche, die alldeutsche Schande:
„Der Nächste ist Wirth!"

Deutschland — ein Wintermärchen!
Da krümmt die Justiz kein Härchen.
Mörder sind Tageshelden,
dürfen schon vorher melden:
„Der Nächste ist Wirth!"

Volk der Dichter und Denker:
über dir Mörder und Henker!
Im Weltmoor höhnen die Unken:
„Kaiserlich Deutschland ist tief gesunken:
Der Nächste ist Wirth!"

„Wir sind die Nationalen!
Will man uns gut bezahlen,
wird auf die Volksgenossen
wie auf Freiwild geschossen.
Der Nächste ist Wirth!

Heißa, auf unseren Strecken
kann noch manch Mann verrecken.
Deutschland ist frei geworden?
Freiheit für unser Morden!
Der Nächste ist Wirth!"

Deutschland, auf deiner Ehre
Mörder und Deserteure!
Schon speit die Welt vor Ekel,
schon flammt das Menetekel:
„Der Nächste ist Wirth!"

Pidder am Steer.

Schiller-Theater. Die Direktion Willi Prager und Edi Winterfeld eröffnet ihre Operettenspielzeit am 29. mit dem Operettenschwank „Die kleine Sünderin", von Hans H. Zerlett, Gesangstexte von Willi Prager, Musik von Jean Gilbert.

In der Petrikirche veranstaltet am 19., abends 7½ Uhr, der Organist R. W. Leupold ein Konzert unter Mitwirkung des Violinvirtuosen Kurman.

Der Feind steht rechts!

Genosse Scheidemann spricht vor den Berliner Arbeitern.

Dem Ruf zur Scheidemann-Versammlung am gestrigen Freitagabend in der Brauerei Friedrichshain waren die Parteimitglieder Groß-Berlins in solcher Zahl gefolgt, daß neben der Massenversammlung in dem Riesensaal ein zweites Meeting im Garten abgehalten werden mußte, zu dem Genosse Kuttner sprach.

Als Genosse Scheidemann um 7 Uhr abends auf der Bühne des Saales erschien, brachen die Tausende in eine rauschende Ovation aus, die der Freude über das Mißlingen des verbrecherischen Anschlags vom Pfingstsonntag Ausdruck gab.

Dann leitete Chorgesang die Versammlung stimmungsvoll ein. Der Männerchor „Prenzlauer Berg" sang „Tord Foleson" und die Sänger vom Friedrichshain intonierten danach: „Die Männer in der Bluse". Stürmischer Beifall dankte ihnen. Darauf eröffnete Gen. Kurt Heinig die Versammlung. Er sagte:

Wir freuen uns, Scheidemann wieder unter uns zu sehen. Wir wissen, daß der Anschlag auf ihn unserer Partei und der deutschen Arbeiterbewegung gegolten hat. Scheidemann ist ihr Sprecher während des Krieges gewesen, und darum schon damals die Hetze gegen ihn — aber wieviel besser für Deutschland wäre es, hätten wir den „Scheidemann-Frieden" erhalten! (Lebhafte Zustimmung.) Als wir unter Scheidemanns Führung nicht den Weg nach Moskau gehen wollten, machte man uns zu „Scheidemännern". Wir haben diesen Namen mit Stolz getragen, denn wir waren, wie jetzt vollkommen klar ist, auf dem richtigen Weg. (Lebhafter Beifall.)

Nun ergriff das Wort, abermals stürmisch begrüßt,

Genosse Scheidemann:

Der Feind der Republik steht da, von wo aus die Sozialdemokratische Partei jahrzehntelang als innerer Feind beschimpft, verleumdet und bekämpft worden ist. Wir galten als Feinde des eigenen Landes, weil wir es wohnlich für alle gestalten wollten, als ein Land der politischen Freiheit, des gleichen Rechts und der wirtschaftlichen Wohlfahrt, als Land der Demokratie, die uns Vorbedingung für den Sozialismus ist. Ein demokratisches Deutschland, wie wir es wollten und besonders nach den Wahlen von 1912 verlangten, hätte den Krieg und die Niederlage verhindern können. (Zustg.) Antimonarchische positiv republikanische Propaganda haben wir niemals betrieben. Nach unserer Auffassung vom wissenschaftlichen Sozialismus sind wir

Revolutionäre im wissenschaftlichen Sinne,

nicht im Sinne des Maschinengewehrs und der Handgranaten. Deshalb ist die Unterstellung, daß wir die Revolution vom November 1918 vorbereitet hätten, geradezu grotesk. Die soziale Revolution für einen Augenblick vorbereiten wollen, in dem die gesamte Wirtschaft zusammengebrochen, das Land von Rohstoffen seit Jahren entblößt ist, riesige Heere auf dem Rückmarsche sind und das Volk verhungert ist, das wäre nach meiner Auffassung ein Stück aus dem Tollhause gewesen. (Lebh. Zustimmung.)

Unser Verbrechen bestand darin, daß wir am 9. November 1918 Ja sagten, als der Reichskanzler Max von Baden unsere Parteileitung bat, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Aus unserem ehrlichen Bestreben, aus dem Trümmerhaufen, vor den uns das kaiserliche Deutschland gestellt hatte, Erhaltenswertes und Gutes zu retten, Ueberlebtes und Schlechtes nach Möglichkeit zu beseitigen, eine gewollte und vorbereitete Revolution zu machen, ist

ein lächerlicher Agitationsschwindel.

Der ganze reaktionäre Lug wird am schnellsten zu Boden geschlagen, wenn man die Tatsachen reden läßt. Ist es nicht geradezu unbegreiflich, daß dieselbe Gesellschaft, die uns im Krieg Niederlage, Elend und Versklavung gebracht hat, heute schon wieder Millionen von Anhängern zählt, die uns für den Zusammenbruch verantwortlich machen? Vielfach ist die Republik selbst schuld an der reaktionären Dreistigkeit. (Zustg.) Die kleinste Konzession an die Rechte ist immer ein großer Fehler, den die Republik begeht. Wenn wir von der Reaktion und über ihre Frechheit sprechen, dann müssen wir daran unbedingt die Frage knüpfen, was denn die Republik, was denn die Sozialdemokratie gegen die Reaktion getan hat! Der Redner schildert dann in knapper Konzentration die jüngsten Leistungen der Reaktion, erinnert an den Lebensmittelwucher, die Regimentsfeiern, an die Vorgänge in der Reichswehr, die Vorfälle in Ostpreußen, München, Zossen und bespricht die Ermordung bekannter Politiker sowie das jüngste Attentat gegen ihn selbst. Ueber den Anschlag auf seine Person sagt Scheidemann: „Ich finde es durchaus begreiflich, daß die Reaktion mich haßt. Früher als Abgeordneter, später als Minister hatte ich die heftigsten Zusammenstöße mit den Konservativen und ihren Nachfolgern. Abgeneigt jeder Politik, die mit dem Kopfe durch die Wand will, habe ich oft genug Stellung genommen sogar gegen radikale Genossen. Aber der Reaktion habe ich niemals die geringste Konzession gemacht, weil ich mir allezeit klar darüber gewesen bin, was das bedeutet."

Unsere Partei ist statt in der Offensive, was eine Selbstverständlichkeit sein müßte,

leider viel zu sehr in der Defensive.

Wir versammeln uns nach besonders schändlichen Vorkommnissen, nehmen Resolutionen an und arbeiten dann unverdrossen mit wahrem Bienenfleiß weiter an neuen Steuern, um das Versailler Diktat zu erfüllen. Das ist gewiß notwendig, aber es darf schließlich nicht alles sein, was wir tun. Wenn unsere berechtigten und zum Teil geradezu brennenden Forderungen in den Koalitionskabinetten gar nicht oder nicht schnell genug durchzusetzen sind, dann müssen wir den Koalitionsparteien, so wie es die Entente gegenüber unseren Koalitionsregierungen tut, Ultimata stellen: Entweder wird bis zu dem bestimmten Termin unsere Forderung erfüllt, oder aber wir reden lieber als Abgeordnete mit euch, denn als Minister, wenn ihr eure Steuer- und Reparationsprobleme wälzt. In der Regierung wirken, kann gewiß zur Pflicht werden und große Vorteile bieten. Außerhalb der Regierung zu wirken, kann unter Umständen zur dringenderen Pflicht werden und auch besser sein im Interesse des Landes.

Ich komme jetzt zum

Reparationsproblem.

Ich will es im Hinblick auf das Treiben der Reaktion auch auf diesem Gebiete zusammenhängend behandeln, weil es ja besonders aktuell ist. Ich spreche hier heute auf Ihren Wunsch, nicht etwa im Auftrage einer Parteiinstanz, trage also für meine Ausführungen die Verantwortung ganz allein. Drei große Gesichtspunkte gibt es in der Reparationsfrage:

1. Die Absicht, überhaupt nicht zu erfüllen, d. h. den vollkommenen Zusammenbruch herbeizuführen. Das ist die Katastrophenpolitik der Reaktionäre, die wir auf das entschiedenste bekämpfen.

2. Der Wille der Erfüllung um jeden Preis, selbst auf Kosten des letzten Restes unseres Volkswohlstandes und aller deutschen Kultur, auf Kosten der Zukunft des deutschen Volkes und seiner Volkswirtschaft. Diese Politik muß ebenso wie die zuvor angeführte zur vollkommenen Katastrophe führen. Deshalb lehnen wir sie gleichfalls ab.

3. Unser Wille ist der, zu leisten, was möglich ist, zu leisten und zu erfüllen, soweit es mit der deutschen Kultur, dem Volkswohl und der Produktionsentwicklung vereinbar ist.

Das ist meines Erachtens die einzige Möglichkeit, die Erfüllungspolitik, die uns ermöglicht, à la longue zu zahlen.

Ein Lichtblick für uns ist die Erkenntnis in den meisten Staaten der Entente, daß das Versailler Diktat geändert werden muß, wenn der Weltfrieden hergestellt und gesichert werden soll. Das Diktat muß durch Verhandlungen mit Deutschland derart geändert werden, daß wir ihm aus freier Entschließung zustimmen können. Erst dann wird das Diktat zum Vertrag, den wir erfüllen können und erfüllen werden.

Ich resumiere: Der Feind der Republik steht rechts. Er kann am schnellsten unschädlich gemacht werden, wenn die Arbeiterschaft sich zusammenschließt. Die

Einheitlichkeit der Arbeiterklasse

ist um so leichter zu erreichen, je schneller die Unabhängigen den Trennungsstrich zwischen sich und den Kommunisten ziehen, sich vorbehaltlos auf den Boden der Demokratie stellen, und je entschiedener die Sozialdemokratie auf Grund ihres Programms den Kampf gegen den Kapitalismus und die Reaktion führt. Erfreulicherweise ist die gesamte Arbeiterklasse wenigstens in dem Ziele einig, die Republik zu retten und zu sichern, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse nicht weiter herabdrücken zu lassen und der Völkerverständigung vorzuarbeiten. Ueber die Wege, die zu diesem Ziele führen können, fehlt es noch an der Verständigung. Sie herbeizuführen, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Parteileitung. Ich schließe mit dem Rufe: Es lebe die demokratische, es lebe die sozialistische Republik! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Als Scheidemann, um auf Wunsch der Versammlung im Garten auch draußen zu sprechen, durch den übervollen Saal schritt, wurde ihm ein donnerndes dreifaches Hoch gebracht.

Die beiden vereinigten Sängerchöre beschlossen die Kundgebung mit Uthmanns „Empor zum Licht".

*

Weit über tausend Parteimitglieder, die im Saal keinen Platz mehr fanden, hatten sich im Garten versammelt. Zu ihnen sprach während der Rede Scheidemanns im Saal Landtagsabgeordneter, Genosse Kuttner. Er schilderte die Attentatseuche als Ausfluß der politischen Hirnlosigkeit und der menschlichen Roheit, die das Erbe des Untertanengeistes und das übliche Merkmal jeder Reaktion sind. Unter Hinweis auf den Protestrummel, den die Deutschnationalen am Jahrestage von Versailles planen, legte er die Mitschuld des alten Systems am Kriegsausbruch, die alldeutsche Schuld an der Kriegsverlängerung — durch Bekämpfung des rettenden Scheidemann-Friedens — die Schuld Ludendorffs und der Deutschnationalen am Zusammenbruch dar. Er schloß seine oft durch Beifall unterbrochenen Ausführungen mit den Worten, daß die Republik nicht eine Frage des politischen Geschmackes, sondern eine Lebensfrage für das deutsche Volk ist. Genosse Scheidemann, der sodann, von brausendem Beifall begrüßt, erschien, führte in einer kurzen Ansprache aus: Gegen die Reaktion gibt es nur ein wirksames Mittel, die

Einheitsfront der Arbeiter.

Ist diese hergestellt, dann wird der reaktionäre Spuk von selber verfliegen. Die Schwierigkeiten der Einigung sind gewiß nicht zu unterschätzen, aber niemand darf bewußt gegen die Einigung arbeiten. Ich habe auch in den schwersten Stunden meines Daseins nicht vergessen, daß die vom Kommunismus irregeführten Arbeiter und Arbeiterinnen meine proletarischen Klassengenossen sind. Was heute praktisch erreicht werden kann, ist das, daß die Unabhängigen ein klares Bekenntnis zur Demokratie ablegen, auf deren Boden sie tatsächlich längst arbeiten, dann wird sich die Einigung mit den Unabhängigen in absehbarer Zeit vollziehen und die so geeinte Partei wird durch ihre Anziehungskraft auf die Massen die tatsächliche Einigung der Arbeiterklasse herbeiführen. Scheidemann schloß mit einem Hoch auf die geeinte Arbeiterbewegung, das von der Versammlung mit stürmischem Jubel erwidert wurde.

Auf der Straße sammelte sich zum Schluß der Versammlung eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, die dem davonfahrenden Genossen Scheidemann nochmals einen herzlichen und begeisterten Gruß der Berliner sozialdemokratischen Arbeiterschaft darbrachte.

Die Reichswehr in Königsberg.

Aufklärung ist dringend nötig.

Bei der Besprechung der Königsberger Vorfälle im Preußischen Landtag hat der Minister des Innern, Genosse Severing, darauf hingewiesen, daß über das Verhalten der Reichswehr bei jenen Vorgängen im Reichstag zu sprechen sein wird.

Das wird dort allerdings in gründlicher Weise geschehen müssen. Denn so zweifellos festgestellt ist, daß der Zusammenstoß von kommunistischen Demonstranten in ganz sinnloser Weise provoziert wurde, so sehr bedürfen auf der anderen Seite noch die Umstände einer Klarstellung, durch die die Reichswehr überhaupt in diese Angelegenheit mit verwickelt worden ist. Als man am Tage nach jenen Vorfällen von einer Beteiligung der Reichswehr an den Hindenburg-Kundgebungen erfuhr, hatte man allen Grund zur Annahme, daß hier ein Akt offenbarer Gehorsamsverweigerung vorliege, da durch die Presse bekanntgegeben worden war, daß sich die Reichswehr befehlsgemäß an keinen Kundgebungen beteiligen sollte. Nach dem 11. Juni hieß es dann, das Verbot habe sich nur auf parteipolitische Kundgebungen bezogen, der Reichswehr sei aber eine Parade vor Hindenburg gestattet worden.

Wie kommt es nun, daß gerade die einzige Kaserne Königsbergs, die ganz nahe am Devauer Platz, dem Platz der nationalistischen Kundgebung, liegt, für die Abhaltung dieser Parade gewählt wurde? Wie kommt es, daß Nichtangehörige der Reichswehr, Offiziere der alten Armee in Uniform — trotz Verbots des Uniformtragens — an der Parade teilnehmen konnten? Wie kommt es schließlich, daß sich die Reichswehr bei ihrem Abmarsch in die abmarschierenden Züge der Kriegervereine usw. eingliederte, mit klingendem Spiel mit ihnen zusammen marschierte und so mit ihnen einen gemeinsamen Demonstrationszug bildete? Darüber wird im Reichstag nähere Auskunft gegeben werden müssen.

Neuer Sprengstoff-Anschlag in Hamburg.

Hamburg, 16. Juni. (WTB.) Heute nachmittag erfolgte im ersten Stockwerk des Gebäudes der kommunistischen „Hamburgischen Volkszeitung" eine heftige Detonation. Feuerwehr und Polizeibeamte eilten herbei. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß der im ersten Stockwerk an der Tür befindliche Briefkasten durch die Explosion vollständig zertrümmert war. Die Fensterscheiben waren gesprungen und die Türfüllung in Stücke gegangen. In den Vorraum der Zeitungsausgabe war eine zweite Sprengladung gelegt worden, die aber lediglich ausbrannte und nicht explodierte. Ein kleiner Pappkarton, der mit Draht umwickelt und mit Heftpflaster zugeklebt war, wurde beschlagnahmt. Auch hier dürfte wieder mit Schwarzpulver gearbeitet worden sein. Eine Frau will einen etwa zwanzigjährigen Mann gesehen haben, der eiligst den fraglichen Raum verließ und die Treppe hinuntereilte. Die Polizei hat inzwischen eine Person verhaftet, doch ist es noch zweifelhaft, ob diese für die Tat in Betracht kommt.

Gewerkschaftsbewegung

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission.

In der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus stand der Jahres- und Kassenbericht für 1921 auf der Tagesordnung. Der Bericht liegt gedruckt vor und wurde vom Vorsitzenden Sabath ergänzt.

Der Redner gab in großen Zügen ein anschauliches Bild von der außerordentlich umfangreichen Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Die Fluktuation in den Gewerkschaften ist auf eine nicht wesentliche Abwanderung, andererseits auch auf eine gewisse Zuwanderung zurückzuführen. Neben den vielen gewerkschaftlichen, waren bedeutsame wirtschaftspolitische Fragen zu erledigen. Auch die Siedlungsfrage hat uns in hohem Grade beschäftigt. Unser bezügliches Programm zur Geltung zu bringen, ist nicht gelungen, selbst von unseren eigenen Leuten sind wir teilweise im Stich gelassen worden. Auch für die Verbesserung des Ernährungswesens haben wir getan, was uns möglich war. Man hat uns Versprechungen gemacht, die aber nicht erfüllt worden sind. Bei der Forderung einer Getreideumlage unter gerechten Bedingungen und einer entsprechenden Umlage für Kartoffeln sind wir

auf heftigen Widerstand gestoßen.

Wir haben kein Blatt vor den Mund genommen, aber es sind Kräfte am Werke, gegen die wir nicht aufkommen konnten. Es war ferner unsere Aufgabe, die Arbeitsnachweise in unserem Sinne zu fördern und ebenso die Erwerbslosenfürsorge. Alle, die mühselig und beladen zu uns gekommen sind, haben wir nach Möglichkeit unterstützt.

Ueber das Betriebsrätewesen wird im Bericht ausführlich gesprochen und zu den geplanten arbeitsrechtlichen Gesetzen sind vom Ausschuß Verbesserungsvorschläge gemacht worden. Der so wichtigen Jugendbewegung haben wir uns ebenfalls angenommen und sie nach Kräften gefördert. Hier muß in Zukunft noch viel mehr geschehen. Viel Besseres und Größeres könnte hier durch ein Zusammenarbeiten der Parteien erreicht werden. Um die Ausbildung der Gewerkschaftsangehörigen zu fördern, wollen wir das Bibliothekwesen reformieren. Gewerkschaftsschule und Betriebsräteschule sollen dem gleichen Zweck dienen. Wir müssen Menschen heranbilden, die mit allen Problemen des Gewerkschaftslebens vertraut sind. Die

Betriebswerkstätten für Bekleidung

haben günstige Erfolge gezeitigt und auch die Warenverteilung ist zu einem florierenden Unternehmen geworden.

Welch große Beachtung die Gewerkschaften gefunden haben, lehrt die Tatsache, daß sie von den Behörden zu den wichtigsten einschlägigen Konferenzen eingeladen werden und in starker Anzahl in behördlichen Kommissionen und Ausschüssen vertreten sind.

Dieser Einfluß muß uns durch Einheit und Entschlossenheit erhalten bleiben.

Es ist von uns eine ungeheure Arbeit zu bewältigen, die gar nicht öffentlich in Erscheinung tritt und treten kann. Nicht sind wir — wie das oft behauptet wird — verknöchert, sondern in ununterbrochener Fühlung mit dem realen Leben.

Meinungsverschiedenheiten kommen auch bei uns vor, aber sie werden kollegial und kameradschaftlich ausgetragen. Ist erst das gegenseitige Verstehen vorhanden, dann ist auch der Weg da, der zur Einigkeit führt.

Alle Wünsche zu erfüllen, ist uns freilich nicht möglich geworden, solche Universalmenschen, die das fertig bringen können, gibt es nicht. Aber wir haben getan, was wir tun konnten und sind bei unserer Arbeit von den besten Absichten geleitet worden.

Die Ausführungen Sabaths wurden beifällig aufgenommen.

Hierauf erstattete Vollmershaus den Kassenbericht, aus dem folgendes hervorgehoben sein möge:

Die Gesamteinnahme betrug 1 835 037,18 M., die Ausgabe 1 703 169,91 M. Der Bestand am 31. März d. J. 132 467,27 M.

Die Gesamteinnahme aller Gewerkschaften stellte sich auf 149 213 887 M., die Gesamtausgabe auf 129 972 457 M.

Nachdem Linke über

das Arbeitersekretariat

seinen Bericht gegeben hatte, wurde die Aussprache eröffnet, in der zwei kommunistische Redner die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission abfällig kritisierten. Ihre Kritik wurde von Reimann und Ziska als unberechtigt zurückgewiesen.

Pietsch brachte eine Beschwerde der Berliner Buchdrucker vor. Die Gewerkschaftskommission habe den Jahresbericht in Elberfeld drucken lassen, obgleich die Berliner Buchdrucker zunächst Berücksichtigung verdient hätten. Die Herstellung in Elberfeld soll um 13 000 M. billiger gewesen sein. Nun sei aber bekannt geworden, daß der Auftrag von der Elberfelder Druckerei gar nicht ausgeführt werden konnte, weshalb sie ihn einer anderen Druckerei übertragen habe.

Sabath erklärte hierzu, die Tatsache sei an sich richtig. Ein Elberfelder Genosse habe auf Grund der Schwierigkeiten, mit denen die betreffende Arbeiterdruckerei zu kämpfen habe, um den Auftrag gebeten und dieser Bitte sei entsprochen worden. Selbstverständlich unter der Bedingung tariflicher Lohnzahlung. Davon, daß diese Druckerei hernach die Herstellung einer anderen übertragen habe, habe die Gewerkschaftskommission bisher nichts erfahren. Sie habe in gutem Glauben unter Berücksichtigung der Lage besagter Druckerei gehandelt. Sollte sich herausstellen, daß die Arbeit nachher einer anderen Druckerei übertragen wurde, so werden wir nicht verfehlen, dem Geschäftsführer den Kopf gründlich zu waschen.

Der Antrag auf Entlastung des Kassenführers wurde einstimmig angenommen. Die

Neuwahl des Ausschusses

ergab: Krause (Baugewerbe), Lehmann (Bekleidungs- und Textilindustrie), Reimann (chemische Industrie), Grohmann (graphisches Gewerbe), Böse (Holzgewerbe), Gebler (Lebens- und Genußmittelindustrie), Blume (Lederindustrie), Ziska (Metallindustrie), Lagodzinski (staatliche und kommunale Behörden), Bernotat (Landwirtschaft, Gärtnerei und Hausangestellte), Ortmann (Verkehr).

Zum Schluß wurde über die Erhöhung der Beiträge für die Gewerkschaftskommission verhandelt. Gegen fünf Stimmen wurde beschlossen, den Beitrag für weibliche und jugendliche Mitglieder auf 4 M. und für männliche auf 5 M. jährlich festzusetzen.

Eine verpuffte Aktion.

Unsere Aufdeckung des Manövers, das die Kommunisten mit dem angeblichen „Zuchthausgesetz" versuchten, hat der „Roten Fahne" die nicht reif gewordene Ernte verhagelt. Ihr Ton ist ganz erheblich ruhiger geworden. Sie macht sogar den Versuch, sachlich zu diskutieren. Da sie das selbst nicht kann, greift sie zu Zitaten. Wie weit die SPD. bereit ist, die Schlichtungsordnung anzunehmen und wie weit sie sich gegen sie wendet, wird die „Rote Fahne" aus der Rede unseres Genossen Giebel entnehmen können. Daß wir alle gegen die übermäßige Sucht, die Wirtschaftskämpfe in das Prokrustesbett von Paragraphen einzwängen zu wollen, unsere schwersten Bedenken haben, wußte die „Rote Fahne" natürlich sehr genau. Sie wußte auch, daß sowohl die Gewerkschaften wie unsere Parlamentsvertreter die Schlichtungsordnung auf den Gesichtspunkt prüften, ob sie „die Aktionsmöglichkeit der Arbeiter nicht behindert". Das ist, wie wir schrieben, die Voraussetzung einer Schlichtungsordnung, der wir zustimmen könnten. Und darüber, das weiß die „Rote Fahne" natürlich auch, schließen wir kein „Kompromiß mit der Bourgeoisie". Wir sind keine Bolschewisten.

Aber darum handelte es sich ja für die „Rote Fahne" gar nicht. Es sollte wieder einmal eine „große Aktion" angerührt werden. Es sollte vor allem für den Gewerkschaftskongreß eine Aktionsbasis geschaffen werden, bei der den Unabhängigen die Rolle der Steigbügelhalter zugedacht war. Wenn man darüber noch im Zweifel gewesen wäre, die Zitate der „Roten Fahne" zeigen dies handgreiflich, denn sie zitiert ausschließlich die Ansichten von Unabhängigen. Nun hat sie ihre Patronen vorzeitig verpufft. Das passiert den Radaupolitikern der „Roten Fahne" freilich in der Regel.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Ueber den von uns bereits mitgeteilten Schiedsspruch für den Ruhrbergbau werden uns noch folgende Einzelheiten mitgeteilt.

Die Voraussetzungen für das Lohnabkommen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden sind infolge des Marksturzes und der Teuerung, die die gescheiterten Anleiheverhandlungen begleitet haben, hinfällig geworden. Seit Fällung des Schiedsspruches vom 19. April bis 15. Juni sind die Indexzahlen um 18 Proz. gestiegen. Dementsprechend sind in anderen Berufen Lohnerhöhungen vorgenommen worden und auch die Reichsregierung hat eine allgemeine Lohn- und Gehaltsaufbesserung der vom Staate Beschäftigten angekündigt. Aus diesen Gründen hat der Schlichtungsausschuß anerkannt, daß über die im letzten Schiedsspruch vorgesehenen Löhne hinausgegangen werden müsse.

Der Schlichtungsausschuß ist der Meinung, daß die Werke nicht imstande wären, aus ihren Ueberschüssen die Lohnerhöhung zu tragen und daß eine Herabsetzung der Kohlensteuer aus außenpolitischen Gründen nicht tunlich sei. Es müßten deshalb die Kohlenpreise weiter erhöht werden. Diese Belastung des Wirtschaftslebens wäre nur erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereit fänden, im Sinne des zwischen dem Zechenverbande und den Gewerkschaften in Aussicht genommenen Uebereinkommens eine Steigerung der Kohlenförderung in einer gesundheitlich bedenkenfreien und wirtschaftlich ergiebigen Form herbeizuführen. Vom Abschluß dieses Abkommens hänge die Durchführung der Kohlenpreiserhöhung und damit der Lohnerhöhung ab. Der Schlichtungsausschuß habe aus dem Verlauf der zwischen den Parteien geführten Verhandlungen und der Vertrauensmännerkonferenz vom 11. Juni die Ueberzeugung gewonnen, daß das Ueberschichtenabkommen mit Wirkung vom 1. Juli 1922 zustande kommen werde, nachdem die Festlegung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit durch das von der Regierung vorgelegte Gesetz unmittelbar bevorstehe und in den Verhandlungen über den Manteltarif wesentliche weitere Verbesserungen für die Arbeiter erreicht worden seien.

Hinsichtlich der Höhe und Form der Lohnerhöhung hat der Schlichtungsausschuß den Standpunkt eingenommen, daß die gesamte Teuerung, die seit dem Schiedsspruch vom 19. April entstanden ist, ausgeglichen werden soll. Den Gesamtbetrag der Lohnerhöhung, der sich daraus ergibt, hat der Schlichtungsausschuß geteilt, ein größerer Teilbetrag soll am 16. Juni in Kraft treten, ein weiterer ab 1. Juli in der Zeit, in der mit der Leistung der Ueberarbeit zu rechnen und die weitere Preissteigerung für die Volkswirtschaft leichter zu tragen sei. Der gesamte Betrag der Lohnerhöhung soll diesmal nur auf die Leistungslöhne, also nicht auch auf den Soziallohn, gewährt werden.

Aus den angeführten Gründen schlägt der Schlichtungsausschuß folgende Lohnerhöhung vor:

1. Die Tariflöhne des Ruhrkohlenbergbaues werden um durchschnittlich 35 M. je Schicht erhöht, und zwar um 25 M. ab 16. Juni und um 10 M. ab 1. Juli 1922.

2. Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruppen und auf den Grund- und Gedingelohn durch die Bezirksarbeitsgemeinschaft nach Maßgabe der Lohntafel zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechend niedrigere Festsetzung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren empfohlen.

Maler!

Nach den diesmal besonders schwierigen Lohnverhandlungen hat das Haupttarifamt für das deutsche Malergewerbe am 12. Juni 1922 durch Schiedsspruch die Lohnsätze für Maler in Groß-Berlin wie folgt festgesetzt:

für Maler über 20 Jahre	28,— M.	pro Stunde
„ „ unter 20 „	26,60 „	„ „
„ Anstreicher über 20 Jahre	27,50 „	„ „

Dieses Lohnabkommen gilt vom 16. Juni bis einschließlich 15. Juli 1922.

Verband der Maler usw., Filiale Berlin.

Verband der Lithographen und Steindrucker.

Die Kollegen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika befinden sich seit längerer Zeit in einem Abwehrkampf. Augenblicklich hält sich ein Agent mit Namen Lindemann in verschiedenen Großstädten Deutschlands auf und versucht unter großen Versprechungen Lithographen für moderne Offsetverfahren nach Nordamerika zu engagieren. Wir warnen unsere Kollegen, Angebote dieses Herrn anzunehmen. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Generalversammlung der Sattler.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Filiale Berlin des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverbandes war am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die zunächst behandelte Frage der Beitragserhöhung rief eine lebhafte Diskussion hervor. Für den Vorschlag der Ortsverwaltung, in den sechs Klassen des Verbandsbeitrages Lokalzuschläge von 1 M., 2 M., 3 M. usw. zu erheben, fand sich nur eine Majorität von 6 Stimmen. Darauf erklärte die Ortsverwaltung, unter diesen Umständen die Lokalkasse nicht mehr aufrechterhalten zu können. Nach einer halbstündigen Geschäftsordnungsdebatte wurde einstimmig beschlossen, eine Urabstimmung über die lokale Beitragserhöhung in den Betrieben vornehmen zu lassen. Ein Antrag, der sich gegen die Erhöhung der Beiträge durch den Zentralvorstand ohne Befragung der Mitgliedschaft wendet und die Einberufung eines Verbandstages zur Klärung der die Mitglieder bewegenden Organisationsfragen verlangt, wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag, der eine bessere Ausgestaltung der Verbandspresse fordert. In vorgerückter Stunde wurde die Vertagung der sehr erregt verlaufenen Versammlung beschlossen. Als wichtigster Punkt werden in der nächsten Versammlung die Richtlinien der Berliner Gewerkschaftskommission zur Führung von Streiks behandelt werden.

Streik in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". In der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt legte am Freitag ein Teil des Maschinenpersonals die Arbeit nieder. Die Druckerei kam dadurch zum Stillstand und die dort hergestellten Blätter, u. a. die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und die „Deutsche Warte" konnten deshalb am Nachmittag nicht erscheinen. Ob der Betrieb am Sonnabend wieder aufgenommen wird, ist zur Stunde noch ungewiß.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Branche Metall: Am Sonntag vormittag 9 Uhr findet im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, unsere Branchenversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, zu erscheinen! Die Branchenleitung.

Achtung, Tiefbauarbeiter! Versammlung morgen, Sonntag, vormittag 11 Uhr in Borkers Festsälen, Weberstr. 17. Bericht von den Lohnverhandlungen.

19. Verbandstag der Schuhmacher.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandstag beauftragte den Vorstand, erneut Schritte zur Schaffung eines Reichstarifvertrages für das Schoßgewerbe (Kleinmeistergehilfen) zu unternehmen. Ein Antrag der kommunistischen Opposition, bei Wahlen die Verhältniswahl unter Berücksichtigung der politischen Richtungen einzuführen, wurde nach sachlicher Beratung gegen wenige Stimmen abgelehnt, um den politischen Kampf nicht noch stärker als bisher in die Gewerkschaften hineinzutragen. Eine bedeutendere Debatte entspann sich bei der Beratung eines von der Opposition mit scharfen Angriffen gegen den ADGB. begründeten Antrags, beim ADGB. darauf hinzuwirken, daß die 10 Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verwirklicht werden. Simon erklärte, seine oppositionelle Stellung zur allgemeinen Einstellung des ADGB. während der Kriegszeit und der letzten Jahre sei bekannt. Es bestehe wohl keine Meinungsverschiedenheit auf dem Verbandstage darüber, daß der ADGB. für seine 10 Forderungen in anderer Weise hätte eintreten müssen, als dies geschehen. Darüber zu sprechen, werde sich auf dem Gewerkschaftskongreß Gelegenheit bieten. Das aber sei schon hier mit aller Entschiedenheit zu sagen, daß der jederzeit im Munde geführte „Generalstreik" doch ganz anders zu bewerten sei, als es von den Kommunisten geschehe. Nur in Fällen, wo wirkliche Lebensinteressen der Arbeiterklasse tödlich bedroht seien, seien die Voraussetzungen zum geschlossenen Aufmarsch der Arbeiterklasse und damit zu einem siegreichen Generalstreik gegeben. Die kommunistische Einstellung zu dieser Frage führe zuletzt zum Siege der Reaktion.

Brunner (ADGB.) unterstrich die Stellung Simons zum Generalstreik mit wuchtigen Strichen und zeigte, daß beim Kapp-Putsch

niemand anders als Legien und der ADGB.

es waren, die ohne Zögern als erste die Parole zum nun notwendig gewordenen Generalstreik herausgaben. Brunner, der seit Jahrzehnten in vorderster Reihe der Eisenbahnerbewegung steht, legte noch kurz die Stellung des ADGB. und der Beamtenspitzenorganisation zu dem angezogenen Eisenbahnerstreik klar.

Die Redner der Opposition machten leidenschaftlich geltend, daß auch sie den Generalstreik nicht bei jeder beliebigen Gelegenheit angewendet wissen wollen, daß aber doch dem Begriff „Lebensinteressen der Arbeiterschaft" eine ganz andere Auslegung zu geben sei, als dies von Simon, Brunner und dem ADGB. geschehe.

Simon erklärte, nichts gegen den Antrag und eine vorliegende Resolution der Zahlstellen Burscheid-Wermelskirchen (Protest gegen die einseitige Stellungnahme der Spitzenorganisationen zuungunsten der streikenden Eisenbahnbeamten" und Verlangen an die Verbandsvertreter, gegen eine Wiederholung solcher Stellungnahme aufzutreten) zu haben; er wende sich gegen die aufgestellte ungerechte Begründung. Die Männer, die in der Gewerkschaftsbewegung an führende Stelle gestellt sind, könnten, wenn ihnen wirklich die kapitalistische Gesellschaftsordnung so ans Herz gewachsen wäre, wie ihnen vorgeworfen wird, inmitten der bürgerlichen Gesellschaft ein ganz anderes Leben führen als in den Kampfreihen der Arbeiterbewegung.

Der Antrag wurde einstimmig, die Resolution gegen vier Stimmen angenommen.

Höltermann-Nürnberg berichtete über die Beiträge und Unterstützungen, die von der Kommission der Entwertung des Geldes entsprechend beweglicher und anpassungsfähiger gestaltet wurden. Die Kommission ging zu dem Zweck von dem Grundsatz aus, daß als Wochenbeitrag ein Stundenlohn des Mitgliedes zu gelten habe. Da dieser Grundsatz aber nicht in voller Reinheit durchzuführen wäre, schlägt die Kommission acht Beitragsklassen in der vorläufigen Höhe von 3 bis 24 M. mit Spannung von je 3 M. vor. Den Beiträgen sollen in derselben Beweglichkeit auf die Unterstützungssätze angepaßt werden. Es wurde so beschlossen. Als Aufnahmegebühr gilt ein Wochenbeitrag. Bei Erhöhung der Löhne sollen Vorstand und Beirat um den Prozentsatz der Erhöhung auch die Beiträge ab neues Quartal erhöhen. Bei Arbeitslosen- und Krankenunterstützung tritt Beitragsbefreiung ein. Die tägliche Arbeitslosenunterstützung beträgt 100 Proz., die Krankenunterstützung 50 Proz., die Streikunterstützung bei 3—12 Monate Mitgliedschaft das 4fache, bei über 12 Monate Mitgliedschaft das 5fache, die Kinderzulage für jedes Kind unter 14 Jahren das 1fache des Wochenbeitrags. Die Reise-, Umzugs-, Notfall- und Sterbeunterstützung wurde ebenfalls in den Hauptzügen entsprechend den Kommissionsvorschlägen gestaltet, eine erhebliche, von einer Reihe Delegiertinnen warm befürwortete Erhöhung erfuhr die Wöchnerinnenunterstützung.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Rühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Sonntägliche Wanderziele.

Am Rande des Oderbruches.

Vom Stettiner Fernbahnhof oder vom Bahnhof Gesundbrunnen fahren wir mit dem Freienwalder Zug bis Falkenberg. Sonntagsrückfahrkarte, die zur Hinfahrt schon am Sonnabend von 4 Uhr ab berechtigt, bis Freienwalde IV. Klasse 24 M., III. Klasse 33 M. Wir wandern in das freundliche Dorf, das sich immer mehr zu einer beliebten Sommerfrische entwickelt, und folgen dann der Straße nach Freienwalde. Am Ende von Falkenberg, wo die Chaussee einen scharfen Knick nach links macht, wandern wir geradeaus weiter. Durch schönen Mischwald, der weiterhin in reinen Buchenbestand übergeht, führt uns der Weg zum Klingenden Fließ, das in einem von buchenbestandenen Höhen eingeschlossenen Talkessel entspringt. Wir bleiben zunächst am Ufer des Fließes und steigen dann auf den Schloßberg hinauf, der vom Bismarckturm gekrönt wird. Vom Turm haben wir einen prächtigen Blick über den Teil des Oderbruchs, der sich zwischen Freienwalde, Niederfinow, Liepe und Oderberg erstreckt. Er ist ein Teil des Thorn—Eberswalder Urstromtals, das von den eiszeitlichen Schmelzwassern ausgewaschen wurde, als der Rand des Inlandeises nördlich des Tals, hinter Liepe und Oderberg lag. Vom Schloßberg steigen wir hinab zum Schweizerhaus. An der Freienwalder Chaussee liegen mehrere Ziegeleien, die den tertiären Septarienton abbauen. Einige von ihnen schauen bereits auf ein beträchtliches Alter zurück; so ist die Kirchenziegelei 1414 gegründet worden. Wenn wir diese oder jene Tongrube besuchen, dann werden wir zahlreiche Ueberreste von Tieren, besonders Schneckengehäuse, finden, die in dem Wasser lebten, das den Ton absetzte. Auch sehr schöne Gipsrosetten kommen hier vor. Am früheren Alaunwerk, das von 1717 bis 1862 in Betrieb war, vorüber, kommen wir zur Mündung des Hammertals. Wir wandern von der Chaussee rechts ab, talaufwärts, und erreichen bald den Teufelssee. Durch schönen Wald, über Berg und Tal, kommen wir nach Sparrenbusch an der Berliner Chaussee. Jenseits führt eine enge Schlucht, der Düstere Grund, zur „Tanne" und dem Gesundbrunnen von Freienwalde. Mehrere Quellen sprudeln hier, denen Freienwalde seine Bedeutung als Kur- und Badeort verdankt. Schöne Aussichtspunkte bei der Stadt sind der Schloßpark und das Kriegerdenkmal. Mit einem Rundgang durch Freienwalde, das seiner schönen Lage wegen auch das „märkische Homburg" genannt wird, beschließen wir die Wanderung. (Weglänge 16 Kilometer.)

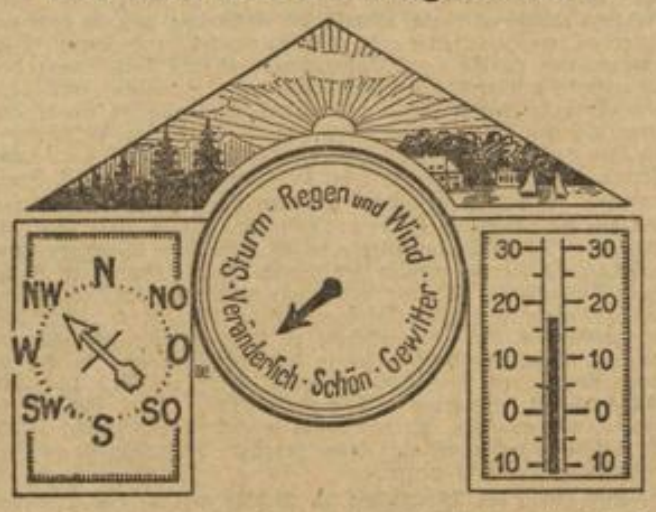
An der Nuthe.

Um den unteren Teil des Nuthetals und seine Umgebung kennen zu lernen, fahren wir bis Potsdam. Vom Bahnhof wandern wir links über die Bahn zum Schützenplatz und dann durch die Luckenwalder Straße. Sie führt am Brauhausberg und am Telegraphenberg vorüber, auf dem drei wissenschaftliche Institute liegen, das Geodätische, das Meteorologisch-magnetische und das Astrophysikalische Institut. Durch schönen Wald führt die Straße weiter; nach 25 Minuten links ab und nach etwa 10 Minuten rechts, der Telegraphenleitung folgend, auf den 116 Meter hohen Kleinenn Ravensberg. Von hier schöne Aussicht über das Waldgebiet im Norden und Westen. Auf dem Berge ein Vermessungsgerüst und etwas links ein geodätischer Turm. Von hier steil hinab nach Süden zum Jagenstein 136, 137, 142, 143 und auf dem Gestellweg EE bis zur Jagenstein 136, 137, 142, 143 und auf dem Gestellweg EE bis zur runde Senke, die früher von Wasser gefüllt war. Jetzt ist hier ein Waldmoor entstanden, auf dem wir die bezeichnenden Vertreter der Pflanzenwelt eines solchen Gebiets finden. Die mächtigen Moospolster, die wie Schwämme voll Wasser gesogen sind, werden überzogen von den winzigen feinen Sträuchen der Moosbeere; aus den Bülten ragt das Wollgras auf, und auch der Sumpfporst, der jetzt schön weiß blüht, macht sich durch seinen scharfen Geruch bemerkbar, weshalb er auch als Mottenkraut verwandt wird. Wenn wir Glück haben, können wir auch den Sonnentau finden, ein Pflänzchen, dessen Blätter Insekten einfangen und verdauen. Das Gestell nun führt auf den 110 Meter hohen Großen Ravensberg, von dem die Aussicht jedoch beschränkt ist. Von hier südöstlich hinab zum Teufelssee, einem friedlich stillen See in waldiger Umgebung. Vom Ostende des Sees hinab zu einer Bucht der Nutheniederung, dem Springbruch und an deren Rand nördlich zur Drewitzer Straße. Sie führt über die Chaussee nach Saarmund, dann neben der Wetzlarer Bahn zur Chaussee von Potsdam. Hier rechts über die Bahn und nach dem Verlassen des Waldes alsbald über die Nuthe nach Drewitz. Etwa von der Mitte des Ortes geht nordöstlich die Chaussee zum Jagdschloß Stern, einem einfachen Backsteingebäude von 1732. Nun auf der Chaussee östlich durch Kiefernwald zum Südwestfriedhof von Berlin. Dicht dabei liegt der Bahnhof Stahnsdorf-Friedhof, von dem wir die Heimfahrt über Wannsee antreten. (Weglänge 20 Kilometer.)

•

Die neu eingeführten beschleunigten Personenzüge mit 4. Klasse haben einem Bedürfnis entsprochen. Sie sind stets gut besetzt und dürften, weiter ausgebaut, bald zu den bevorzugtesten Zügen auf deutschen Eisenbahnen zählen. Den minderbemittelten Reisenden ist nun ermöglicht, größere Entfernungen zu angemessenen Preisen und in kürzerer Zeit zurückzulegen. Die Züge verkehren mit einer Geschwindigkeit von etwa 70 Kilometer in der Stunde. Der Aufenthalt auf den Stationen ist etwas verkürzt, um Zeit zu gewinnen.

Wie wird das Sonntagswetter?



Nachdem am letzten Sonntag in Deutschland zahlreiche Gewitter und weitverbreitete Regenfälle herniedergegangen waren, kehrte schon am Montag und Dienstag die frühere trockene, überwiegend heitere Witterung allgemein zurück. Die während des Regens eingetretene Abkühlung nahm anfangs bei frischen Nordwestwinden noch etwas zu aber seit Dienstag nachmittag wurde es wieder wärmer und am Donnerstag wurden an vielen Orten 25 Grad C. erreicht und an einzelnen Orten sogar überschritten. Um Mitte der Woche bildeten sich auf dem west- und mitteleuropäischen Festlande mehrere kleine Tiefdruckgebiete aus, die sich miteinander vereinigten und dann langsam ostwärts weiterzogen. In Norddeutschland schwankten seitdem die Winde bei geringer Stärke zwischen Südost und Nordost hin und her und in der Nacht zu Freitag stellten sich im Nordwesten die ersten neuen Gewitterregen ein, die z. B. in Schwerin eine Regenhöhe von 22 mm lieferten. Auch in Berlin hat sich am Freitag nachmittag ein Gewitter mit 6 mm Regenhöhe entladen und da hierbei die Temperatur nur sehr wenig gesunken ist, **so dürften weitere Gewitterregen bald nachfolgen.** Von Irland her scheint jetzt jedoch, obschon gleichfalls mit geringer Geschwindigkeit, ein atlantisches Hochdruckgebiet gegen Mitteleuropa vorzurücken. **Wir dürfen deshalb mit einiger Wahrscheinlichkeit erwarten, daß sich zwischen Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag das Wetter mehr und mehr aufklären, zeitweise zwar noch etwas veränderlich, aber doch größtenteils heiter und mäßig warm bleiben wird.**

Artilleriestraße — New York.

Es ist also jetzt soweit. Wer dringende Wünsche nach Amerika hat, geht einfach in das Postamt 24 Ecke Oranienburger- und Artilleriestraße, wo in einem besonderen Stockwerk die Betriebszentrale von Transradio untergebracht ist, reißt sich ein Telegrammformular ab, schreibt seine Nachricht darauf nieder, und liefert den Zettel an einem besonderen Schalter der Kuppelhalle ab. Gegen Erstattung etlicher blauer Lappen (jedes Wort 45 M. — Kabel kostet 54 M.) trägt der dienstwillige Funke die kostbaren Worte rascher über den großen Teich als der Auftraggeber die Artilleriestraße verlassen hat. Großzügig vereinfachter Betrieb: Die bisherige Zuleitung der Telegramme auf dem Drahtwege vom Haupttelegraphenamt nach der Funkensendestation Nauen fällt jetzt fort.

Der alte große Backsteinbau aus der Zeit Stephans hat es sich auch nicht träumen lassen, daß er einst Mittelpunkt eines Netzes unsichtbarer Fäden werden würde, die von ihm aus über viel tausende von Kilometern nach den fernsten Teilen der Welt laufen. Die konzentrierte Ueberwindung von Raum und Zeit in der Betriebszentrale ist durch sechs große Sende- und Empfangstische ausgedrückt. Jeder Tisch ist doppelseitig, in der Mitte durch eine Glaswand getrennt. Hier Sende-, gegenüber Empfangseinrichtung. Hier Berlin, dort New York, Rom, Barcelona. Telephon am Ohr, hört der Beamte das für ihn Worte bedeutende Klopfen seines amerikanischen Kollegen. Er schreibt mit, tippt Schreibmaschine, nebenher läuft zur Kontrolle der Papierstreifen mit den Morsezeichen. Plötzlich wird das Klopfen undeutlich. Der deutsche Beamte legt einen Hebel um, ein Lämpchen leuchtet auf und jetzt ist der Weg frei für seine Gegenfrage: „Wiederhole drittes Wort!" Das bedeutet für den Amerikaner in New York also: Der Kollege in Berlin hat dich nicht verstanden, du mußt noch einmal und deutlicher klopfen. — So klopft und schnurrt es in dem großen Saal, der mit den Kopfschmerzen der ganzen Welt in Pochen umgesetzt, förmlich erfüllt scheint. Lauter Wünsche zittern hin und zurück über den Ozean und werden hier, Artilleriestr. 35, getreulich abgefangen und zu Papier gebracht oder im Handumdrehen auf den Tausendekilometerweg gebracht.

Ueber Tag und Nacht wacht hier eine Weltzeituhr, ein neues Wunderding der Technik, das die Zeiten von New York, Hongkong, Buenos Aires und der ganzen übrigen Welt mit der gleichen Genauigkeit anzeigt wie die Berliner Zeit. Die Uhr stellt eine durchleuchtete Weltkarte da, die sich mit dem Fortschreiten der Zeit dreht und von dem Tag- und Nachtwechsel auf allen Teilen der Erde sichtbar begleitet wird. Wenn der Berliner Beamte in drückender Mittagshitze sechs Stunden seiner Arbeit hinter sich hat, dann sieht er auf der Uhr, wie die Nacht langsam von New York weicht und er weiß nun, daß sein amerikanischer Kollege gerade den Morgenkaffee trinkt . . . .

•

Vor einem geladenen Kreis von Vertretern der Reichsbehörden, der Industrie und der Presse wurde die neue Betriebszentrale der Drahtlosen Uebersee-Verkehrs-A.-G. im Postamt N. 24, Ecke Artillerie- und Oranienburger Straße, im Betrieb gezeigt. Die Betriebszentrale stellt eine Vereinigung des Gesamtbetriebes der Transradio-Großstationen Nauen-Geltow mit dem deutschen Reichsfunknetz, dem Europafunknetz und dem allgemeinen Drahtnetz dar. Die Gäste wurden vom Vorstand des Telefunkenkonzerns, Dr. Graf Arco, Dr. Schapira, Ulfers und Solff begrüßt und durch Graf Arco in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der in der neuen Zentrale verkörperten technischen Fortschritte auf drahtlosem Gebiete für den Welt-Nachrichtenverkehr hingewiesen. Im einzelnen verbreitete sich über diese technischen Neuerungen zunächst Dr. Rukop, Vorstand des Röhren-Laboratoriums von Telefunken, der auf die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Kathodenröhren aufmerksam machte. Anschließend hieran schilderte Dr. Esau, Vorstand des Großstations-Empfänger-Laboratoriums von Telefunken die neuesten auf dem Empfangsgebiete gemachten Fortschritte und seine damit bei praktischen Empfangsversuchen in Südamerika erzielten Erfolge. Näher auf die Einrichtungen der Betriebszentrale selbst ging sodann Direktor K. Solff ein, der an der Hand von Lichtbildern die Schaltung der Betriebszentrale selbst und ihre Verbindungen mit Nauen-Geltow einerseits und der Funkleitstelle des Haupttelegraphenamtes andererseits ausführte. Hieran schloß sich ein Rundgang durch die Betriebszentrale, die eine Einrichtung darstellt, wie sie in dieser Form der systematisch durchgeführten Zentralisation des Funk- und Drahtbetriebes bisher noch kein Land der Welt aufzuweisen hat.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

33]

Garbislanders hatte sich hier wie stets, wenn er sich in einer fremden Stadt befand, eine leichte Erregung bemächtigt. Nur war er vorläufig verurteilt, untätig sitzend auf die Straße hinauszustarren und die Firmenschilder mit den Blicken abzutasten. Da ihm irgendwo der Name Albert in die Augen sprang, zuckte er heftig zusammen. Angesichts des Schildes eines Modewarenhauses von Albert Albertig kreisten seine Gedanken wieder eng um Albert Reuß' rätselhaftes Schicksal. Die nächste halbe Stunde mußte viel Neues bringen. Wie weit die Nachforschungen wohl gediehen waren, und ob man überhaupt eine Spur gefunden hatte?

Hedwig Reuß sah unbeweglich zum Fenster hinaus; jeden Vorüberschreitenden starrte sie an, als hegte sie die Hoffnung, den geliebten Gatten unter den Geschäftigen und Müßiggängern zu erblicken. Da hielt der Omnibus vor dem Hoteleingang.

Garbislander hatte bald in Erfahrung gebracht, daß sein Zimmer im ersten Stock, das von Hedwig Reuß im Halbstock gelegen sei. Ehe er noch den Rock abgelegt hatte, klingelte er nach der Zeitung, die er auch erhielt, mit der er jedoch, da es ein russisches Blatt war, nichts anzufangen wußte.

„Eine deutsche Zeitung", befahl er ungeduldig, und ließ das russische Journal enttäuscht auf den Tisch fallen. Als er die „Rigaer Nachrichten" in den Händen hielt, überschlug er die politischen Teil und forschte in jenen Rubriken, in denen die lokalen Ereignisse vermerkt zu werden pflegten. Seine Bemühungen, über den Fall Reuß auch nur eine Zeile zu entdecken, waren jedoch vergeblich, und das einzig Bemerkenswerte, das die Zeitung enthielt, war ein Artikel, der „Das Rätsel der Erika Dieß" betitelt war, in dem es sich um das, wie der Reporter des Blattes zu bemerken sich berechtigt glaubte, „höchst sonderbare und rätselhafte" Verschwinden der Tochter eines Großindustriellen handelte, der, wie er dem Bericht ferner entnahm, in einem vornehmen Stadtteil eine Villa besaß und eine ortsbekannte Persönlichkeit sein mußte. Dieser Fall interessierte den Schriftsteller jedoch begreiflicherweise nicht allzu sehr, und er fand das Betragen des Blattes, die Teilnahmslosigkeit der lokalen Rubrik dem Schicksal eines berühmten Künstlers gegenüber, sonderbar taktlos, wenn nicht gar unhöflich. Er hatte die Absicht, die Redaktion telephonisch diesbezüglich um Auskunft und Aufklärung zu ersuchen.

Das Zimmer war hell, zeigte den freundlichen Geschmack moderner Hotelmeublements, ohne irgendwie überladen zu wirken; oberhalb der Chaiselongue hing die Nachbildung eines Reynold-Porträts in diskreten Farben, und auf der den Tisch verzierenden Schreibmappe empfahlen sich Rigaer renommierte Firmen.

Der junge Schriftsteller war damit beschäftigt, die wenigen Garderobestücke, die in seinem Koffer Platz gefunden hatten, aus diesem zu entfernen und im Schrank unterzubringen. Unterdessen liefen seine Gedanken wieder dieselbe Bahn, bloß daß er diesmal durch jene Erika Dieß abgelenkt wurde, deren Namen er vorhin zum erstenmal in der Zeitung verzeichnet gefunden hatte und die sonderbarerweise eine Schicksalsgenossin des Albert Reuß geworden war. Er war bemüht, sich ein Bild der äußeren Erscheinung des jungen Mädchens zu erschaffen, das unzweideutig geraubt worden war und jetzt versteckt gehalten wurde, und von dem er annahm, daß ihm ungewöhnliche Schönheit eigen war, die natürlich in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrem Verschwinden stehen mußte. Zum hundertsten Male seit einer Stunde war er jedoch genötigt, die gleiche Frage sich vorzulegen: Wie ist es zu erklären, daß Albert Reuß mit keiner Silbe Erwähnung gefunden hat . . .?

Noch ehe der junge Schriftsteller das Klopfen an seiner Tür mit der Aufforderung, einzutreten, zu beantworten vermochte, erschien Frau Hedwig, die stumm in den zunächststehenden Stuhl sank, die ihn, wie Garbislander richtig erriet, keineswegs in einer bestimmten Absicht aufgesucht hatte, deren unstillbares Bedürfnis es vielmehr gewesen, der Einsamkeit ihres Zimmers, zugleich den sie heimsuchenden, sie unerbittlich peinigenden Gespenstern zu entfliehen. Ihr Blick fiel fragend auf die noch immer auseinandergefaltete Zeitung. Garbislander schüttelte den Kopf und sagte:

„Sonderbar genug; aber in dem Blatt ist kein Wort über Albert Reuß enthalten . . ."

Hedwig Reuß hatte, da sie weder Kraft noch Sammlung besessen, um Toilette zu machen, das Reisekleid noch nicht abgelegt, vielmehr die Stunde, die seit ihrer Ankunft vergangen war, in einer Sofaecke sitzend, vor sich hinstarrend in ihrem Zimmer verbracht, das sie nun plötzlich, da sie diesen Zustand länger nicht zu ertragen vermochte, verlassen hatte, um bei Garbislander einzutreten, von dem sie Trost erwartete, und dessen Pläne sie vor allem hören wollte. Die nächsten Tage schienen ihr wie mit dunklen Tüchern verhängt, durch die kein Blick hindurchführte. In mannigfachen Verzerrungen, blutend und mit entstelltem Gesicht, erblickte sie ihres Gatten Körper, in einen Koffer gezwängt, unter dem Bett versteckt, in einem Winkel ermordet, in einer einsamen Straße liegend. Ihre Phantasie sah in dem Verschwinden Albert Reuß' nur das Verbrechen, dem er zum Opfer gefallen, und sie malte die Begleitumstände stets mit neuen, grausigen Einzelheiten aus, als sei es ihre Absicht, sich selbsttätig auf die Folter zu spannen und ihre Gedankenwelt gründlich und ausführlich mit den Gräßlichkeiten dieser Möglichkeit zu belasten, die vor ihren unablässig tränenden Augen längst in Sicherheit sich verwandelt hatte.

Klaus Garbislander ließ, wie es von allem Anfang an sein Plan gewesen war, eine telephonische Verbindung mit der Redaktion der „Rigaer Nachrichten" herstellen, hängte jedoch, ehe der Kontakt vollzogen war, wieder an, da er sich inzwischen anders besonnen hatte. Er geleitete Frau Hedwig in ihr Zimmer zurück, bat sie, ihn erwarten und inzwischen der Ruhe pflegen zu wollen, die sie doch so nötig hatte. In sein Appartement zurückgekehrt, fahndete er im Telephonbuch nach der Adresse der Polizeikommandantur, nahm Mantel und Hut und sperrte hierauf die Zimmertür hinter sich ab. Unten angelangt, wies er den Lenker des Wagens, den er herbeigewinkt hatte, an, zur Polizeikommandantur zu fahren, da er den Namen der Straße bereits wieder vergessen hatte.

13.

Das Automobil nahm seinen Weg über den Boulevard am Deutschen Theater vorbei.

Garbislander musterte die Gegend mit aufmerksamsten Blicken und neigte sich weit aus dem Coupéfenster. Hier also ist es geschehen . . . dachte er . . . hier hat Albert Reuß' hellumglänztes Leben plötzlich jene Wendung genommen, die ins Dunkel führte . . . Er vermochte den unter vergitterten Rahmen klebenden Theaterzettel, auf dem in fetten Lettern das Wort „Goldfische" prangte, recht wohl zu lesen, er erinnerte sich gleichzeitig des Inhalts und der Bedeutungslosigkeit dieses der älteren deutschen Lustspielschule angehörenden, von schalen Heiterkeiten erfüllten Stückes, das nun an Stelle seines eigenen hier aufgeführt wurde. Die Direktion mochte darauf zurückgegriffen haben, da sie durch den unvermuteten Abbruch des Gastspieles Albert Reuß' in arge Verlegenheit geraten war. (Fortsetzung folgt.)

Wassersportplatz Plötzensee.

Ein Freibad für Berlin NW.

Im Plötzensee ist unter dem Zusammenwirken von Stadtverwaltung und Wassersportvereinen ein Freibad geschaffen worden, das von der Bevölkerung des Weddings und Moabits mit lebhafter Freude begrüßt wird. Gestern wurde es eingeweiht durch eine kleine Feier, an der Oberbürgermeister Böß, Bürgermeister Leid (Wedding), mehrere Stadträte, Stadt- und Bezirksverordnete, Dr. Häußler vom Jugendamt, Vertreter von Wassersportvereinen und eine große Zahl von Besuchern des bereits eröffneten Bades teilnahmen.

Neben dem „Moabiter Schützenhaus", an der Stelle, wo schon immer trotz Verbots „freigebadet" wurde, liegt die jetzt zweckmäßig eingerichtete und mit allem Nötigsten versehene Wassersportstätte. Berlin NW. erhält hiermit ein Freibad, das vor allen anderen Freibädern den in dieser Zeit teurer Fahrpreise sehr wertvollen Vorzug hat, von dichtbevölkerten Stadtteilen aus ohne Benutzung von Straßenbahn oder Eisenbahn erreicht werden zu können. Der Badestrand hat die beträchtliche Länge von 280 Meter und an ihm erstreckt sich ein Gelände von so riesigen Dimensionen, daß darauf viele Tausende von Erholungssuchenden lagern können und noch Raum zu Spielen aller Art reichlich vorhanden ist. Der Plötzensee forderte bisher alljährlich viele Opfer (im Jahre 1921 nicht weniger als 41), darum ist für den Wassersportplatz ein besonderer Sicherheitsdienst vorgesehen, der von Schwimmvereinen unentgeltlich geleistet wird. Die Schwimmvereine werden überhaupt sich an der Verwaltung und weiteren Ausgestaltung dieser Freibad- und Spielplatzanlage beteiligen; mit ihnen zusammen haben zu diesem Zweck die Körperschaften des Verwaltungsbezirkes Wedding eine G. m. b. H. gegründet. Der nächste Plan ist, einen 100 Meter langen Schwimmlehrsteg zu bauen, den man noch in diesem Sommer fertigzustellen hofft. Die Stadt wird die Mittel hergeben müssen, die Schwimmvereine aber werden den Schulkindern unentgeltlich Schwimmunterricht erteilen.

Bei der gestrigen Einweihungsfeier sagte Oberbürgermeister Böß in seiner Rede, mit dieser Wassersportstätte werde ein erster Schritt auf einem großem Wege getan, den Berlin noch vorhat. Die von dieser Stätte ausgehende Erholung und Kräftigung solle ein Beitrag zu der Wiederaufbauarbeit sein, die an dem durch den Krieg geschwächten deutschen Volk geleistet werden muß. Bürgermeister Leid hob in seiner Erwiderung hervor, daß die Arbeiterbevölkerung der benachbarten Stadtteile das hier geschaffene Werk zu schätzen wissen werde. Er erwähnte, daß gerade Oberbürgermeister Böß stets die Bestrebungen der Gesundheitsfürsorge für unseren Nachwuchs zu fördern sich bemüht hat. Nach Dankesworten zweier Vertreter von Wassersportorganisationen folgten Schwimmreigen, Wasserballspiele und ähnliche Vorführungen. Ein Männerchor trug zur Verschönung der Feier bei.

Was das Telephon kosten wird.

Neben den übrigen Erhöhungen der Posttarife treten am 1. Juli auch die Erhöhungen der Fernsprechverkehrsgebühren für dringende und nicht dringende Gespräche ein, für die ein Teuerungszuschlag von 160 Proz. festgesetzt worden ist. Danach wird das Gespräch von der öffentlichen Sprechstelle aus von 3 Minuten Dauer bei 5 Kilometer Entfernung 1,30 M. kosten, während das dringende Gespräch mit 3,90 M. bezahlt werden muß. Das Gespräch des Teilnehmers wird statt 0,45 M. 0,65 M. Einzelgebühr kosten, das dringende Gespräch erhöht sich bei 3 Minuten Dauer und 5 Kilometer Entfernung um 1,95 M. neben der gleichfalls mit einem Zuschlage von 160 Proz. bedachten Grundgebühr. Zur Erleichterung der Berechnung der Gebühren für die Ferngespräche hat das Reichspostministerium eine neue Gebührentafel herausgegeben, die sämtliche Gesprächsmöglichkeiten zur Gebührenerrechnung enthält und für alle Gespräche bis zur Dauer von 1 bis 15 Minuten und einer Entfernung von 1400 Kilometer enthält. Das teuerste Gespräch ist ein 15-Minutengespräch nach der 18. Zone (1300—1400 Kilometer), welches vom 1. Juli ab die Kleinigkeit von 292,50 M. kosten wird; das dringende Gespräch für gleiche Entfernung und Zeit würde 877,50 M. kosten. Auch die Nebengebühren für andere Sonderleistungen werden erhöht: Die Gebühr für eine Auskunft bzw. diejenige für die Streichung einer Gesprächsanmeldung beträgt 1,95 M., die Vorgangsanmeldung 1,30 M., das XP-, V- oder das N-Gespräch je 5,20 M. für die erste Person, 2,60 M. für jede weitere Person. Der gleiche Betrag wird auch für die Erstattung einer Rückmeldung als Gebühr gefordert werden.

Die Flucht auf den Hängeboden.

Gestern vormittag sollte ein 21 Jahre alter Willi Z. als Untersuchungsgefangener dem Moabiter Schöffengericht vorgeführt werden. Zu dem Zwecke geleitete ihn ein Gerichtsdiener nach dem Verhandlungszimmer. Man ließ sich nieder und harrte des Untersuchungsrichters. Plötzlich sprang Z., dem die ganze Richtung nicht zu behagen schien, von seinem Sitz empor und lief durch die schnell geöffnete Tür über den Korridor davon, verfolgt von sechs Gerichtsdienern. Diese sahen gerade noch, wie Z. in ein Haus der Paulstraße lief, dann — war er spurlos verschwunden. Inzwischen stieg Z. die Treppen des betreffenden Hauses langsam hinauf und überlegte, wo er nun bleiben könne. Zwei klatschende Nachbarinnen waren ihm rettende Engel. Diese hatten sich so Interessantes zu erzählen, daß der Bursche, unbemerkt von den beiden Frauen, hinter dem Rücken der einen durch die offenstehende Wohnungstür in deren Behausung verschwinden konnte. Hier erkletterte er den Hängeboden und machte es sich so bequem wie möglich. Doch „das Unglück schreitet schnell". Die sechs Gerichtsdiener durchstöberten das ganze Haus und entdeckten schließlich auch den Entsprungenen in seinem Versteck.

Ein „Feind der Großbanken".

Geldscheinfälschung aus „christlichem Kommunismus".

Um die Fälschung und Verbreitung falscher dänischer Zehnkronennoten handelte es sich bei einer Anklage, die den Kaufmann Bruno Schrödter, den Kaufmann Richard Pfennigsdorf und die unverehelichte Frieda Regler vor das Schwurgericht des Landgerichts I führte.

Schrödter, der früher viel Geld verdient hat, war auf den Gedanken gekommen, dänische Zehnkronennoten anzufertigen. Seine ersten Versuche fielen nicht zu seiner Zufriedenheit aus, dagegen gelang es ihm, eine zweite Serie herzustellen, die so gut ausfiel, daß er die Falsifikate verwerten konnte. Er kam von Hannover nach Berlin, machte Bekanntschaft mit der nicht sehr tugendsamen Regler und benutzte sie zur Unterbringung der Fälschungen. Von dem Erlöse jedes einzelnen Scheines erhielt die Regler einen bestimmten Anteil. Schrödter fabrizierte dann noch eine dritte Serie gefälschter Kronennoten, die so vorzüglich ausgefallen war, daß ihre Unechtheit kaum festzustellen war. Zur Verbreitung dieser Noten benutzte er den Angeklagten Pfennigsdorf als Vermittler, der sie auf Reisen an den verschiedensten Orten ebenfalls mit Hilfe liederlicher Frauenzimmer umsetzte. Hier in Berlin benutzte er gleichfalls die Regler zu diesem Zweck, die wieder gute „Provisionen" dafür bezog. Sie konnte aber nicht reinen Mund halten, prahlte damit vor ihren Bekannten und so erfuhr auch die Polizei von der Wirksamkeit dieser „Gesellschaft zur Schädigung der Bankiers". Bei der Verhaftung des Pfennigsdorf konnten diesem noch 48 Stück nicht benebener Scheine abgenommen werden. — Schrödter hielt vor Gericht eine fulminante Verteidigungsrede, in der er sich als ein Opfer der Verhältnisse und der „Feindschaft der Großbanken" hinstellte. Er sei seinerzeit Inhaber eines sehr florierenden Bankgeschäfts gewesen. Da hätten die Großbanken gegen ihn gearbeitet und so sei sein Zusammenbruch erfolgt. Sein Haß gegen die Banken sei durch Erfahrungen seines Vaters, die dieser ihm früher mitgeteilt, noch verstärkt worden; dazu habe er sich gesagt, daß die Reichsbank doch auch „Schwindel" treibe, da sie Papiergeld ohne Golddeckung herausstattern lasse. Nach der Revolution sei er Kommunist geworden, nenne sich aber „christlicher Kommunist" und habe als solcher nicht die Absicht gehabt, kleine Leute, sondern nur die Großbanken und das Ausland durch solche Fälschungen zu schädigen. Schroedter wurde zu 2 Jahren 6 Monaten, Pfennigsdorf zu 1 Jahr 6 Monaten, die Regler zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

11 Jahre Strafverfahren.

Eine für die gesamte Aerzteschaft ungemein wichtige Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht in einer Klagesache des Frauenarztes Dr. J. gegen den Vertreter des öffentlichen Interesses gefällt. Dr. J. hatte bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam im April 1920 beantragt, seine Villa in Lichterfelde als Frauenklinik zu konzessionieren. Dieser beschied ihn ablehnend, weil gegen ihn seit 1911 ein Strafverfahren aus § 218 StGB. schwebe und dessen Erfolg abgewartet werden müsse, außerdem habe er inzwischen die Anstalt inseriert und auch Frauen zur Behandlung aufgenommen. Es liege also Unzuverlässigkeit im Sinne der Gewerbeordnung vor. Auf die Revision des Rechtsanwalts Bahn hob das Oberverwaltungsgericht das Urteil des Bezirksausschusses auf, indem es sich auf folgenden prinzipiellen Standpunkt stellte: Nicht jede allgemeine Unzuverlässigkeit genüge zur Versagung der Konzession, sondern sie müsse einen Schluß auf die Leitung und Verwaltung der „Anstalt" zulassen. Andererseits reiche die Zuverlässigkeit lediglich im ärztlichen Berufe allein nicht zur Konzessionierung aus, es müsse auch die allgemeine bürgerliche Unbescholtenheit vorhanden sein. Alle diese Umstände habe der Bezirksausschuß nicht genügend geprüft. Die Sache wurde daher an die erste Instanz zurückgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht hat endlich noch den Grundsatz aufgestellt, daß das Verwaltungsgericht durch die erfolgte Einstellung des Strafverfahrens gegen Dr. J. nicht gehindert werde, die Strafakten trotzdem auf die Frage der Unzuverlässigkeit zu prüfen.

Eine Aufnahme des Hunde- und Wagenbestandes findet am 20. Juni zum Zwecke der Hunde- und Wagensteuerveranlagung in Berlin statt. Die Vordrucke hierzu werden den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern zugestellt werden. Abweichend von dem bisherigen Verfahren ist die Aufnahmeliste sämtlichen Haushaltungsvorständen entweder zur Eintragung der vorhandenen Hunde oder zur Abgabe der Erklärung, daß in dem betreffenden Haushalt Hunde nicht gehalten werden, vorzulegen. Neu aufgenommen in die Hundesteuerordnung ist die Besteuerung der Luxushunde mit erhöhten Steuersätzen. Die Hausliste enthält ein Verzeichnis derjenigen Rassen, die als Luxushunde im Sinne der Steuerordnung gelten. Die Frist zur Stellung von Befreiungsanträgen nach § 11 der Hundesteuerverordnung erstreckt sich auf zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Ordnung, das ist vom 18. Juni.

Eine kostspielige heimliche Einquartierung hatte seit einiger Zeit der Fabrikdirektor Friedrich in der Königgrätzer Str. 91. Während er in der Sommerfrische weilte, stand seine Wohnung ohne Aufsicht. Es merkte auch in der ganzen Zeit niemand im Hause etwas Verdächtiges. Als der Briefträger gestern an der Tür vorbeikam und Schritte in der Wohnung hörte, klingelte er, ohne daß ihm geöffnet wurde. Jetzt schöpfte er Verdacht, wie sich bald ergab, mit Recht. Einbrecher, die in der Wohnung gewesen waren, hatten diese durch den Hinterausgang eiligst verlassen und für 100 000 M. Sachen mitgenommen. Der Wohnungsinhaber, der aus der Sommerfrische zurückgerufen wurde, stellte fest, daß Einbrecher bei ihm schon geraume Zeit gehaust, gekocht, geschlafen und gezecht hatten.

Aus Anlaß der Kampfspiele im Stadion werden am Sonntag, dem 18. Juni, am 25. Juni und 2. Juli zur Bewältigung des Verkehrs über die Ferngleise der Stadtbahn Züge nach „Rennbahn" geleitet, und zwar am 18. vier Züge in der Zeit von 12 Uhr 50 bis 1 Uhr 30 Minuten, am 25. Juni sechs Züge in der Zeit von 1 Uhr 20 bis 2 Uhr 15 Minuten, und am 2. Juli, dem Tage, an dem auch Rennen im Grunewald stattfinden, noch zwei Züge vor den Rennsonderzügen. Die Rückfahrten von „Rennbahn" erfolgen nach Schluß der Veranstaltungen. Am 18. Juni werden nach Grünau zu den Regatten halbstündlich von 12 bis 2 Uhr Sonderzüge gefahren.

Im Universum-Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof sind die Arbeiten soweit gediehen, daß mit der Eröffnung des Vergnügungsparks bestimmt am 1. Juli gerechnet werden darf.

Typographia. Wie bereits durch Inserat mitgeteilt wurde, führt der Sonderzug nach Eberswalde Sonntag früh 7.10 Uhr ab Stettiner Bahnhof. Die Fahrkarten werden ab 6,30 Uhr im Wartesaal II. Klasse ausgegeben.

Schweres Schiffsunglück im Hamburger Hafen.

Ein Ozeandampfer umgeschlagen.

Der dem Brasilianischen Lloyd gehörige Doppelschrauben-Passagier- und Frachtdampfer „Avare", der seit etwa acht Tagen im Dock 3 der Vulkanwerft lag, sollte gestern vormittag im Tau von vier Schleppdampfern aus dem Dock auf den Strom gelegt werden. Als die Schlepper den etwas nach Backbord überliegenden Dampfer anfaßten und das Dock bereits soweit gesunken war, daß der Dampfer ins Schwimmen geriet, legte sich das Schiff plötzlich nach Backbord über, bekam dann Neigung nach der entgegengesetzten Seite und schlug nach Steuerbord um.

Die an Bord befindliche brasilianische Mannschaft sowie die Leute der Werft und verschiedene andere an Bord tätige Personen versuchten herauszukommen und sprangen ins Wasser, wo die Besatzung von Motorbarkassen den Versuch machte, die Leute so weit wie möglich zu bergen. **Ein Teil der Werftarbeiter ist durch herabfallende Inventarstücke vom Schiff getroffen und verletzt worden. Die durch das Kentern des Dampfers auf der Steuerbordseite eingeschlossenen Leute befinden sich in größter Gefahr.** Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil von ihnen den Tod durch Ertrinken gefunden hat. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks trat die Werftfeuerwehr mit Rettungsapparaten in Tätigkeit. **Es gelang ihr, eine große Anzahl der Leute zu bergen. Bald darauf traf auch die Hamburger Feuerwehr ein, die an der Backbordseite des Schiffes mit autogenen Schneideapparaten Löcher in die Schiffswandung schnitt, um den Leuten, soweit sie noch am Leben waren, zunächst einmal Luft zuzuführen.** Von dem Schiff ist nur ungefähr ein Drittel sichtbar. Die Masten liegen zerbrochen unter Wasser. Von den Schornsteinen ist ebenfalls nichts zu sehen. **Wie viele Leute an Bord gewesen sind, und wie viele gerettet worden sind, läßt sich noch nicht feststellen. Ueber die Ursache des Kenterns ist noch nichts bekannt.**

*

Ein anderer Schiffsunfall hat sich im Kaiser-Wilhelm-Kanal ereignet. Der von Brunsbüttel Koog kommende amerikanische Dampfer „West Caddon", 5600 Tonnen groß, hat gestern bei Kilometer 76 den 1416 Tonnen großen schwedischen Dampfer „Skandia" angerammt und befindet sich im sinkenden Zustande. Das Schiff wird an die Böschung gebracht. Die Schiffahrt ist nicht gestört.

Abnahme der amerikanischen Rieseneinkommen. Nach einer offiziellen Mitteilung des amerikanischen Finanzministeriums gibt es gegenwärtig in Amerika 34 Personen, deren Einkommen 1 Million Dollar übersteigt. Im vorausgegangenen Jahre gab es deren 65. In den letzten Jahren ist die Zahl der großen Einkommen beständig gefallen. Im Jahre 1916 zählte man 206, im Jahre 1917 nur noch 141 Einkommen über eine Million Dollar. Dagegen zählt man 6 578 000 Personen, deren Einkommen zwischen 1 Million und 5000 Dollar beträgt, gegen 4 675 000 Personen im vergangenen Fiskaljahre.

Wirtschaft

Die Indexzahlen steigen.

Die Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise ist im Monat Mai entsprechend der verhältnismäßig geringen Schwankung der Devisenkurse zu einem gewissen Stillstand gekommen. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt im Durchschnitt des Monats Mai 6458 gegen 6355 im Durchschnitt des Monats April. In den einzelnen Warengruppen war die Bewegung nicht einheitlich; und zwar sind Getreide und Kartoffeln, zum Teil gleichlaufend mit dem im Monatsdurchschnitt ebenfalls um ein Geringes gewichenen Dollarkurse, von 6169 auf 5892 zurückgegangen, wogegen Fette, Zucker, Fleisch und Fische leicht von 5049 auf 5148 anzogen. Eine kleine Senkung haben noch die Kolonialwaren von 8708 auf 8621 zu verzeichnen. Im ganzen ging die Sammelgruppe der Lebensmittel von 6086 auf 5847 zurück. Dem gegenüber sind die Warengruppen der Industriestoffe durchweg gestiegen; und zwar führten die insbesondere für Baumwolle, Jute, Kupfer, Zink, Zinn und Blei wieder anziehenden Weltmarktpreise auch zu Preissteigerungen im Inlande.

Ferner zwang das mit den Lebenshaltungskosten empordrängende Arbeitseinkommen die inländische Urerzeugung (Kohle und Eisen) zu weiteren Preisheraufsetzungen, die zum Teil erst im Berichtsmonat rechnerisch voll einzusetzen waren. Häute und Leder sind von 6987 auf 7040, Textilien von 9505 auf 10 604, Metalle von 6378 auf 6459, Kohle und Eisen von 6241 auf 7061, Industriestoffe zusammen von 6858 auf 7602 gestiegen. Die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fette, Zucker, Fleisch, Fisch, Kohle, Eisen) zeigen eine Erhöhung von 5985 auf 6026, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 8203 auf 8617. Die Textilrohstoffe haben nunmehr das Weltmarktniveau (10 436) noch um 1,6 vom Hundert überschritten. Ueber dem Goldniveau (6911) stehen Kolonialwaren, Häute und Leder, Textilien, Kohle und Eisen.

Kein einheimischer Zucker für die Industrie.

Im Reichsernährungsministerium hat gestern eine abschließende Sitzung aller Interessenten der Zuckerraffinerien, des Groß- und Kleinhandels, der Genossenschaften und der Konsumenten stattgefunden, in der noch einmal über die Verteilung der in Deutschland befindlichen geringen Restbestände an Mundzucker behandelt wurde. Auch gestern wieder erhoben alle Industrien die Forderung, von den noch greifbaren zwei Millionen Doppelzentnern Sonderlieferungen zu erhalten. Die Vertreter des Handels und der Konsumenten wandten sich jedoch in schärfster Weise gegen dieses Begehren. Man wies besonders darauf hin, daß die vorhandenen Zuckermengen so gering seien, daß das Publikum eine Schmälerung der Mundzuckermengen durch gewisse zuckerverarbeitende Industrien nicht hinnehmen könne.

Nach längerer Aussprache wurde lediglich den Marmeladefabriken und dem Bäckergewerbe eine geringe Menge einheimischen Zuckers zugestanden, da beide für die Versorgung der Bevölkerung eines billigeren Zuckers bedürfen. Die Schokoladen- und Likörindustrie, ebenso der größte Teil der Konservenindustrie, soll dagegen lediglich Auslandszucker verarbeiten. Eine Stockung der Produktion wird bei diesen Industrien nicht befürchtet, da die meisten Betriebe noch über erhebliche Lagerbestände verfügen.

Die Erfassung des noch vorhandenen Mundzuckers für die Bevölkerung wird jedoch nur dann möglich sein, wenn die Zuckerraffinerien sich damit einverstanden erklären, daß die in den Zuckerfabriken noch lagernde Ware dem Handel für den Kleinverkauf restlos zur Verfügung gestellt wird. Wie wir erfahren, hat die Zuckerwirtschaftsstelle die ihr angeschlossenen Fabrikanten für die nächsten Tage nach München zusammenberufen, wo man über die Verteilung der Zuckermengen seitens der Fabrikanten beraten will. Auf dieser Tagung der Zuckerindustrie wird auch über die Aussichten der Zuckerversorgung für das kommende Wirtschaftsjahr und besonders über die Preisgestaltung für einheimischen Zucker beraten werden.

Der Arbeitsmarkt in der Provinz Brandenburg. Wesentliche Veränderungen in der Arbeitsmarktlage sind für die Provinz Brandenburg in der zweiten Juniwoche nicht zu verzeichnen. Die Forst- und Torfwirtschaft zeigte sich weiter gut aufnahmefähig. Der Arbeitsnachweis Sommerfeld berichtet, daß im dortigen Bereiche zahlreiche Landarbeiter und -arbeiterinnen in den Ziegeleibetrieben Arbeit finden und dadurch die übrigen Erwerbslosen bezüglich der Arbeitsgelegenheit in der Industrie beeinträchtigen. Eine größere Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen konnte in die Zementwerke in Rüdersdorf (Kreis Niederbarnim) vermittelt werden. Auch die Metallindustrie fordert noch Arbeitskräfte an. Im Kreise Teltow fanden laufend Einstellungen statt, im Kreise Calau konnten in den ersten Tagen der Berichtswoche 65 Arbeiter bei den in Calau befindlichen Aluminiumwerken untergebracht werden. Die Textilindustrie hatte noch Bedarf an Jugendlichen beiderlei Geschlechts. Im Holzgewerbe besteht weiter Mangel an Fachkräften. Das Bauhandwerk ist voll beschäftigt trotz des noch immer herrschenden Zementmangels. Der Bedarf an gelernten Kräften konnte nicht annähernd gedeckt werden. Die Lage für die ungelernten Arbeiter entwickelt sich im allgemeinen weiter günstig. In der Landwirtschaft ist die Nachfrage nach Burschen und ledigen Knechten weiterhin gestiegen, trotzdem die Arbeiten der Feldbestellungen nahezu beendet sind. Deputat- und Tagelöhnerfamilien werden mit Rücksicht auf den Wohnungsmangel wenig verlangt.

Klagen vor dem deutsch-tschechoslowakischen Schiedsgerichtshof müssen bis zum 30. Juni 1922 beim Sekretariat des Schiedsgerichtshofes in Genf, Rue de la Corraterie 22, eingereicht werden, ausgenommen Fälle, in denen die Möglichkeit der Klageerhebung von dem Eintritt einer Tatsache abhängt, die bis zum 30. Juni d. J. nicht eingetreten ist, oder bei denen sie von der Entstehung eines Schaden abhängig ist, der in dieser Frist nicht hat festgestellt werden können. In diesen Fällen beträgt die Frist 100 Tage und läuft von dem Zeitpunkte ab, in dem der Kläger den Eintritt der Tatsache hätte erfahren können oder müssen oder in dem er das Bestehen des Schadens hätte feststellen können oder müssen. Interessenten erteilt auf — mit Rückporto versehene — Anfragen die deutsche Staatsvertretung beim deutsch-tschechoslowakischen Gemischten Schiedsgerichtshof, Berlin W. 35, Nollendorfstr. 21a, Auskunft.

Lettland bestellt Eisenbahnmaterial in Deutschland. Wie die „Latwija" berichtet, hat das lettländische Kabinett den lettländischen Eisenbahnen 11 Millionen lettländische Rubel zum Einkauf von Maschinen und Arbeitsgeräten angewiesen. Die Bestellungen werden voraussichtlich an Deutschland vergeben werden, wohin in diesen Tagen eine besondere Kommission von Technikern und Sachverständigen gereist ist. Bei dem Vergeben von Bestellungen sollen vor allen Dingen die Firmen berücksichtigt werden, die sich an der Zweiten internationalen Landwirtschafts- und Industrieausstellung beteiligen.

Riesendefizit der polnischen Eisenbahnen. Das „Journal de Pologne" glaubt feststellen zu können, daß das Defizit der polnischen Eisenbahnen nicht, wie ursprünglich angegeben, 62 Milliarden, sondern 105 Milliarden betragen soll.

Briefkasten der Redaktion.

E. H. 28. Beides richtig. — B. B. 55. Wenn im Mietvertrag keine entgegenstehenden Bestimmungen enthalten sind, ist der Hauswirt verpflichtet, die während der Mietzeit auftretenden Mängel auf seine Kosten beseitigen zu lassen. — P. G. 51. Sie können nur den Klageweg beschreiten. — G. W. 53. 1. Ja, aber nur zu einem geringen Teil, sofern der Mietvertrag keine entgegenstehenden Bestimmungen enthält. 2. und 3. Nein, wenn der Zeitt sich weigert, so können Sie ihn verklagen. Die Klage ist bei dem ordentlichen Gericht (Amtsgericht) anzustrengen. — Einlöhriger 3000. Sie müssen sich an die Kriegsfürsorgestelle wenden. Unseres Wissens existieren solche Kurse nicht mehr. — K. L. 40. 1. Nein, der Pflichtteil gebührt Ihren Brüdern aber auf alle Fälle. 2. Nein, empfiehlt sich aber. — G. 13. Sie sind nur zur Zahlung des vereinbarten Preises verpflichtet.

Kampf um die Schlichtungsordnung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden zunächst einige kleinere Anfragen erledigt. Dann beantragte

Abg. **Dittmann** (U. Soz.), auf die Tagesordnung der Sitzung die Interpellation über die Regimentsfeiern usw. zu setzen. In der Begründung seines Antrages führt er aus, daß die fortgesetzten immer mehr anwachsenden Treibereien der monarchistischen und militaristischen Kreise nur der Vorbereitung eines Rechtsputsches dienen. Die Regierung habe die Pflicht, dem Reichstag sofort zu sagen, was sie zu tun gedenkt, um diese monarchistischen Demonstrationen und die Teilnahme der Reichswehr, der Schutzpolizei und eines Teiles der Beamtenschaft zu verhindern.

Der Antrag Dittmann wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Gegen die Beratung der Initiativanträge der Rechtsparteien auf Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes in der heutigen Sitzung erheben die Kommunisten Widerspruch. Die Anträge können also erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Das veranlaßt

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnat. Vp.), zu beantragen, die Beratung des Zwangsanleihegesetzes und des Initiativgesetzentwurfes der Unabhängigen auf Aenderung des Einkommensteuergesetzes von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, damit alle diese zusammenhängenden Gesetzentwürfe am Sonnabend gemeinsam beraten werden können.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten wird der Antrag Schultz angenommen. Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Bezüge der Unfallfürsorge für Gefangene, die verzehnfacht werden soll. Die Demokraten und das Zentrum fordern eine zwanzigfache Erhöhung und für die Regierung die Ermächtigung, mit Zustimmung des Reichstages diese Sätze den veränderten Verhältnissen anzupassen. Diese beiden Anträge werden ebenso wie eine Entschließung der Unabhängigen angenommen, die von der Regierung einen Gesetzentwurf zur grundsätzlichen Regelung der Unfallfürsorge für Gefangene verlangt. Das ganze Gesetz wird dann auch in der dritten Lesung verabschiedet.

Der Entwurf eines Ausfuhrabgabengesetzes wird an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der ersten Beratung der **Schlichtungsordnung** macht

Abg. Giebel (Soz.)

folgende Ausführungen: Dieser Gesetzentwurf wird voraussichtlich heiß umstritten werden. Die Kapitalisten haben an ihm nur Interesse, wenn die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften genügend eingeschränkt wird, während sie für sich den leisesten Zwang ablehnen. Wir werden uns aber nicht daran hindern lassen, im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung der gesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens zuzustimmen. Wenn uns deshalb von radikaler Seite Verrat am proletarischen Interesse vorgeworfen wird, so ist das wieder eins jener törichsten Geschwätze, die wir seit Jahren gewohnt sind. Der Streik ist den freien Gewerkschaften immer nur das letzte und äußerste Kampfmittel gewesen. Sie haben stets versucht, vor einem Streik alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um den Kampf nach Möglichkeit zu verhüten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch das Abkommen vom 15. November 1918 wurden die Gewerkschaften als die berechtigte Interessenvertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Dadurch stellte sich auch gleichzeitig

eine andere Form im gewerkschaftlichen Kampfe

ein. Diese Einstellung war notwendig, weil so gut wie alle Arbeitnehmer plötzlich begriffen, daß der von den Gewerkschaften dauernd vertretene Standpunkt des kollektiven Arbeitsvertrags richtig war und sie ganz plötzlich diese kollektive Arbeitsvertragsform für die Regelung der Arbeitsvertragsbestimmungen wählten. Diese veränderten Verhältnisse bedingten auch eine planmäßige Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Strategie. Sie stellten jetzt allgemein den Grundsatz auf, daß vor einem Streik sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein müssen. Wenn trotzdem noch Streiks in Erscheinung treten, so liegt das in der Regel daran, daß die Arbeitgeberorganisationen gewohnheitsgemäß die ergehenden Schiedssprüche ablehnen. Natürlich lehnen auch Arbeitnehmer Schiedssprüche ab, aber sie treten dann nicht sofort in den Streik, sondern versuchen, ihn durch neue Verhandlungen zu verhindern. Aus diesen Gründen ist es bedauerlich, daß der Gesetzentwurf den § 55 enthält, der vorsieht, daß vor jeder Kampfmaßnahme die zuständige Schlichtungsstelle anzurufen ist und Kampfmaßnahmen nicht eher getroffen werden, bis ein Schiedsspruch gefällt ist. Das läuft auf eine

Beschränkung der freien Selbstbestimmung der Gewerkschaften

hinaus. Wenn der Leipziger Gewerkschaftskongreß die ihm vorliegenden Grundsätze für die Streikführung sanktioniert, dann kann man es sehr wohl der Praxis der Gewerkschaften überlassen, pflichtgemäß auch die Frage des Streiks von sich aus zu prüfen. Der § 55 schafft für die Gewerkschaften und ihre Funktionäre außerordentlich ernste Situationen, und wenn er Gesetz wird, dann ist zu befürchten, daß es zu höchst einseitigen Klassenurteilen gegen das kämpfende Proletariat kommt. In der Bestimmung, daß erst drei Tage nach der Zustellung des Schiedsspruchs der Streik proklamiert werden kann, kann man nur die Tendenz vermuten, Zeit zu gewinnen, damit der Arbeitgeber die Möglichkeit bekommt, sich auf den Streik vorzubereiten. Es ist auch zu befürchten, daß die Bestimmungen des § 101 über die Einspruchsfrist gegen Schiedssprüche ganz ungeheuerliche Verzögerungen für die Erklärung des Streiks bedeuten werden. **Sie können unter Umständen den Streik völlig unmöglich machen.** Es ist die Frage zu prüfen, ob der § 55 in der vorliegenden Formulierung nicht so weit geht, daß in ihm eine Verfassungsänderung erblickt werden kann. Die Verfassung garantiert das Koalitionsrecht, das die Freiheit des eigenen Beschlusses über die Anwendung des Streiks einschließt. Wenn jetzt der Streik in dieser Form reguliert werden soll, dann erblicke ich darin eine Maßnahme, die die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeitnehmerschaft in diesem Teile wieder beseitigt. Im Interesse des Schlichtungswesens ist jeder Zwang abzulehnen. Daß der Schlichtungszwang kein Schutz ist, zeigt die Entwicklung in Australien, dem klassischen Land des schiedsgerichtlichen Zwangsverfahrens, in dem von Jahr zu Jahr die Zahl der Streiks im Steigen begriffen ist. Von bürgerlichen Kennern australischer Verhältnisse wird zugegeben, daß das Schiedsgerichtsgesetz das Gefühl der Gegnerschaft zwischen Kapital und Arbeit vertieft, statt beseitigt. Jeder Zwang muß solche Folgen haben und wird sie auch in Deutschland haben.

Aber wir haben nicht nur Bedenken wegen des § 55, stehen vielmehr auch

dem gesamten Behördenaufzug skeptisch gegenüber.

Bei der Auswahl der Vorsitzenden der Schlichtungsstellen und Behörden haben die Arbeitnehmer keinerlei Mitwirkungsmöglichkeit. Wo soll da das Vertrauen der Arbeiter zur Schlichtungsbehörde herkommen? Im Interesse des Schlichtungswesens muß für die Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit zur Mitwirkung geschaffen werden. Die höheren Verwaltungsbeamten, die den Arbeitnehmerorganisationen ohne Mitwirkungsmöglichkeit auf die Nase gesetzt werden, haben so gut wie gar keine persönliche Eignung, in Konfliktsfällen vermittelnd zu wirken. Insbesondere die Vorschriften über die Fachkammern von Behörden zeigen, wie stark der Gesetzentwurf von der Tendenz beherrscht wird, den Arbeitnehmereinfluß fernzuhalten. Die bei den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und der Länder Beschäftigten dürfen unter kein Ausnahmerecht gestellt werden, sondern haben das gleiche Maß an Mitwirkungsmöglichkeit im Schlichtungswesen für sich zu beanspruchen.

Sehr wertvoll wäre es gewesen, wenn sich die Regierung in der Begründung darüber ausgelassen hätte, **ob es nicht sachdienlich gewesen wäre, mit den Schlichtungsstellen die Arbeitsgerichte in einer Behörde zu vereinigen.** Für diese einheitliche Behörde hat sich selbst der Ausschuß für einheitliches Arbeitsrecht beim Arbeitsministerium ausgesprochen. Wir werden in der Kommission noch im einzelnen auf diese Dinge zu sprechen kommen und bitten den Minister, dafür zu sorgen, daß das Gesetz über die Arbeitsgerichte so rechtzeitig an den Reichstag gelangt, daß beide Entwürfe gleichzeitig im Ausschuß beraten werden können. Wenn die im Gesetzentwurf vorgesehenen Bestimmungen über die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche bestehen bleiben, dann wird der Zweck dieses Gesetzes überhaupt nicht erreicht. Schiedssprüche werden vielleicht nur dann noch für verbindlich erklärt werden, wenn es sich darum handelt, den Schutz des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens sicherzustellen. Im Zusammenhang mit dieser Verbindlichkeitserklärung, mit den vielen Fristen, die in diesem Gesetz und im Zusammenhang mit dem ganzen Verfahren bestehen, wäre unter Umständen folgendes festzustellen: Zunächst würden Streiks erheblich verschleppt, dann würden sie zum guten Teil verhindert, und so entstünde schließlich aus einer gesetzgeberischen Maßnahme mit einem wichtigen Ziel eine Schlichtungsordnung, die nicht anders

als ein Antistreikgesetz wirken würde.

Alle Arbeitnehmergruppen, die gemäß § 13 Absatz 4 des Betriebsrätegesetzes als Beamte gelten, sollen nicht das Recht haben, von dieser Schlichtungsordnung Gebrauch zu machen. Diese Bestimmung des § 3 des vorliegenden Entwurfes läßt alle dings befürchten, daß diese Schlichtungsvorlage in der Tat ein Antistreikgesetz sein soll. Was soll für die Beamten an Stelle dieser Schlichtungsordnung geschaffen werden?

Der Redner beantragt, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen, damit sie eine gründliche Umarbeitung erfährt, die den Interessen der Arbeitnehmerschaft in genügendem Maße Rechnung trägt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Der Vorwurf überstürzter Gesetzesmacherei trifft in bezug auf die Schlichtungsordnung nicht zu. Die Schwierigkeiten beim Arbeitsgerichtsgesetz sind überwunden, aber die Vorlage wird noch auf sich warten lassen. Die Schlichtungsordnung darf aber deshalb nicht zurückgestellt werden. Es wäre ein Verbrechen am Volke, wenn man nicht alles daran setzen wollte, den Wirtschaftsfrieden herzustellen. Die Arbeiter und Angestellten sind verfassungsmäßig gleichberechtigt. Alle Koalitionshemmungen sind beseitigt. Die Gewerkschaften und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sind anerkannt. Dazu kommt das gleiche Wahlrecht und der dadurch gestiegene Einfluß der Arbeiter auch auf politischem Gebiet. Wenn diese Entwicklung einen Sinn haben soll, dann müssen die wirtschaftlichen Kämpfe möglichst vermieden werden. Wir müssen uns bestreben, die friedliche Verständigung zu erleichtern. **Das ist der Zweck der Vorlage, die keineswegs am Streikrecht rütteln will.** Wilden Streiks soll allerdings vorgebeugt werden. Der § 55 nimmt den Arbeitern nicht das Recht der Arbeitseinstellung. Zwangsmaßnahmen mit Polizei und Strafgewalt sind ausgeschlossen. Wir fußen durchaus auf gewerkschaftlichen Grundsätzen. Die Regierung wird an den Grundsätzen der Vorlage festhalten, wenn sie auch über Einzelheiten mit sich reden lassen will. (Beifall.)

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Die gesetzliche Regelung des Schlichtungswesens ist notwendig. Die Organisation muß aber so gestaltet werden, daß sie praktisch verwendbar ist. Wenn die Schlichtungsordnung ihr Ziel erreichen soll, müssen die richtigen Männer für die Aemter der Vorsitzenden und Beisitzer gefunden werden. Die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften darf nicht eingeschränkt werden. Dem Grundgedanken der Schlichtungsordnung stimmen wir zu, behalten uns die Kritik der Einzelheiten aber im Ausschuß vor.

Abg. Graef (Dnat. Vp.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu und beantragt ihre Ueberweisung an den Sozialpolitischen Ausschuß.

Abg. Aufhäuser (U. Soz.): Die Vorlage ist nicht geeignet, zum Ausgleich der sozialen Gegensätze zu dienen. Sie ist ein Gesetz zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, die ihre Macht heute mehr denn je gebrauchen. Wir sind bereit, bei einer Verbesserung des Schlichtungswesens mitzuarbeiten, lehnen es aber ab, aus dem freiwilligen Schlichtungswesen ein Zwangsverfahren zu machen.

Abg. Moldenhauer (D. Vp.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu, behält sich aber für seine Fraktion die Stellungnahme zu den Einzelheiten vor.

Abg. Dr. Fick (Dem.): Wir haben es hier nicht mit einem Werk der sozialen Selbstverwaltung, sondern mit einem bureaukratischen Aufbau zu tun, durch den eine unerhörte Verschwendung am Volksvermögen getrieben wird. An Stelle der vielen Beamten sollte die Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer treten.

Abg. Weigner (Bayer. Vp.) hofft, daß aus den Ausschußberatungen etwas Brauchbares für die Arbeiterschaft entsteht.

Weiterberatung: Sonnabend 12 Uhr. — Schluß 1/7 Uhr.

Der Nationalistenrummel.

Rede Severings im Landtag.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Landtags forderte

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) vom Ministerium das Festhalten an dem ordnungsmäßig vorgebildeten Berufsbeamtentum. Die Disziplin müsse wieder hergestellt und das Verbandswesen in die ihm gesteckten Grenzen zurückgewiesen werden. **Die Richtlinien der jetzigen Koalitionspolitik seien richtig. Jeder Minister müsse sich als Koalitionsminister fühlen. Koalitionspolitik sei die Politik der Zurückstellung der parteipolitischen Interessen, nur sie könne uns wieder emporführen.** (Lebh. Beifall.)

Abg. **Kabold** (U. Soz.): Die Schutzpolizei ist keine eigentliche Polizei. Die Beamten werden als Rekruten behandelt. Weil sie zumeist auf dem Boden der Republik stehen, bekämpfen die reaktionären Offiziere den Schrader-Verband. Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit der Absicht des ehemaligen Kronprinzen, den Sommer in Oels zuzubringen. Dadurch würde das Signal zu neuen monarchistischen Aktionen gegeben werden. Die Deutschnationalen wollen eine Bartholomäus-Nacht herbeiführen, um den jetzigen Staat abzuwürgen. **Die versteckte Agitation der Geheimbündelei ist ständig im Wachsen, und die nachsichtige Politik, die gegenüber Verschwörern und Meuchelmördern geübt wird, ist von großer Gefahr.**

Minister des Innern Severing:

Heute hat jeder Minister die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, aus dem politischen Scherbenhaufen etwas Positives aufzubauen. Unsere Arbeit auf dem Gebiete der Vorbereitung der Gesetzgebung wird durch die Flut der großen und kleinen Anfragen sehr erschwert und gestört. Auch nach meiner Ansicht muß jeder Fremde, der unsere Hausordnung verletzt, ausgewiesen werden (Lärm links), aber wir haben Rücksicht zu nehmen auf die Interessen des Auswärtigen Amtes und können nicht wollen, daß sich alle Ausländer nach Paris und London begeben und daß so Beziehungen zerstört werden, die uns nützlich werden können. In den letzten Wochen erhielt ich aus dem besetzten Rheinland Nachrichten, die erkennen lassen, daß auch die Kommunisten durchaus für ein Verbleiben bei Preußen sind. (Zuruf der Abg. Frau Wolffstein: Ist ja selbstverständlich!) Dann sprechen Sie doch nicht von nationalistischem Rummel. Herr v. d. Osten versuchte einen Unterschied zu konstruieren zwischen Staat und Regierung, der ihm offenbar heute sehr genehm ist, um in Versammlungen und in der Presse alle Regierungshandlungen nach Kräften schlecht zu machen. Es wird das Menschenmögliche geleistet, um die Staatsautorität zu untergraben. Der Wucher liegt viel zu tief, als daß Verordnungen und Verbote ein Allheilmittel dagegen sein können. **Aber nicht die Revolution, sondern die Tätigkeit der Kriegstreiber von 1914 hat diese Verhältnisse heraufbeschworen.** In die politischen Posten habe ich nicht nur Männer des alten Systems, sondern auch solche berufen, die vom neuen Geiste beseelt sind. Wenn unabhängige und kommunistische Landräte nicht bestätigt wurden, so deshalb, weil sie vorher erklärt hatten, sie würden das Amt benutzen, um die Gemeinde zugrunde zu richten. Der Vorwurf, daß Reichs- und Landesregierung

in der Frage der Hindenburg-Feier

keine glückliche Hand gehabt hätten, muß entschieden zurückgewiesen werden. Wir hatten alle Ursache, den Verdacht der Entente zu zerstören, daß hinter der Reichswehr auch noch die Schutzpolizei steht. Wir mußten befürchten, daß durch das militärische Gepräge der Veranstaltung uns die schwersten Vorwürfe gemacht werden würden. **Alle Herren haben sich meinen Bedenken angeschlossen, daß sich daraus außenpolitische Schwierigkeiten ergeben könnten. Der deutschvolksparteiliche Regierungspräsident von Allenstein erbot sich sogar, auf den Generalfeldmarschall dahin einzuwirken, von seiner Reise einstweilen abzusehen. Ein solches Ansinnen, das von dem Freiherrn v. Gayl vorgebracht wurde, ist von dem Generalfeldmarschall zurückgewiesen worden.** (Lebhaftes Hört, hört! links.) Ostpreußen ist mit der gefährdetste Teil Deutschlands. Was da erreicht war, ist jetzt zerrissen. Durch die Schuld derjenigen, die vergessen haben, daß man mit dem Namen eines großen Feldmarschalls keine politischen Geschäfte machen soll. (Unruhe rechts.) Trotz meines ausdrücklichen Wunsches, von der Kinderparade abzusehen, hat sie stattgefunden. Die Tätigkeit der Schutzpolizei muß anerkannt werden. Ihr gebührt der Dank der Regierung. Ueber die traurigen Vorkommnisse beim Aufmarsch der Reichswehr wird im Reichstag zu sprechen sein. Daß die Reichswehr Bedrohungen abwehren mußte, ist nicht anzunehmen, da der Getötete ein Mann war, der an der Hindenburg-Feier teilnahm.

Was Sie (nach rechts) unter „national" verstehen, damit kann sich die Staatsregierung nicht identifizieren. **Es liegt nicht im nationalen Interesse, den Mund recht weit aufzureißen und mit dem Säbel zu rasseln.** (Beifall links.) **Denken Sie nicht daran, daß Sie den Patriotismus in Erbpacht genommen haben. Sonst kommen wir in eine Situation, die der Stimmung nach dem Erzberger-Mord gleicht.**

Wenn wir die Landgemeinde- und Städteordnung nicht schnell genug herausbringen können, dann werden wir eine Notverordnung erlassen, die eine Neuwahl vorschreibt. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Kabold bemerkt der Minister, daß er

die militärischen Geheimorganisationen im vorigen Jahre verboten

hat. Gegen Organisationen, die nur einen Arbeitsnachweis unterhalten, kann man nicht mit gesetzlichen Mitteln vorgehen. In den Jahren 1918 und 1919 sind die Armeeoffiziere vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in die Schutzpolizei übergetreten. Als die Minister Heine und Noske zum Eintritt in die Reichswehr und Schutzpolizei aufriefen, da wurde von Ihrer (nach links) Presse davor gewarnt. Ueber die Entwickelung der Dinge haben Sie sich also nicht zu beklagen. (Lärm links, Beifall bei der Mehrheit.) Auch unter den Offizieren gibt es tüchtige Beamte und verläßliche Stützen der Republik. Den Verbänden der Schutzpolizei stehe ich objektiv gegenüber.

Die politische Spannung hat einen Höhepunkt erreicht, daß man an alle ruhigen Gemüter appellieren muß, um den Ausbruch von Leidenschaften zu verhüten. Zu der Arbeiterschaft und zum demokratischen Bürgertum habe er das Vertrauen, daß sie jeden Versuch, die Verfassung gewaltsam zu ändern, zunichte machen werden. **Mit Wehklagen über Regimentsfeiern leistet man der Republik den schlechtesten Dienst. Nur der positive Zusammenhalt aller Republikaner dient ihrer Verteidigung.** (Lebhafter Beifall.)

Abg. Charpentier (Komm.): Die Schutzpolizei ist immer noch von reaktionärem Geist beseelt.

Weiterberatung Sonnabend 11 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Damit nicht nutzlos Fahrgelder ausgegeben werden, teilen wir den Mitgliedern hierdurch mit, daß **zurzeit keine Parteiabzeichen** im Bureau vorhanden sind. Den Eingang einer neuen Sendung werden wir in derselben Weise sofort bekanntgeben.

Morgen, Sonntag, den 18. Juni:

7. Abt. Familienausflug nach Lehnitz. Treffpunkt vormittags 8½ Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Abfahrt 9.20 Uhr. Nachzügler treffen sich im Restaurant „Zum Seelöwen". Dort ½3 Uhr Kaffeekochen.

29. Abt. Familienausflug nach der Jungfernheide. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Promenade Christianiestraße vor der Schule.

Jungsozialisten. Gruppe Süden: Fahrt in die Bernauer Gegend. Treffpunkt vormittags ½6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen, Bahnsteig Bernau.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, B. a. G., Hamburg. Filiale Berlin I. Sonnabend, den 17. Juni, abends 5 Uhr, im Rest. „Zur Schneekoppe", Rostizstr. 29, Mitgliederversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. A. Sturm: „Ketzerei und Inquisition im Mittelalter und in der Neuzeit". Harmonium: Der Müller und der Bach (Schubert). — Poppelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. H. Hoffe: „Was wir dem Morgenlande verdanken". Gäste willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", E. V., Ortsgruppe Berlin. Sonnenwende aller Groß-Berliner Kindergruppen auf der Wiese des Landheims Meißners Hof bei Hennigsdorf am Sonnabend, den 17. Juni, abends 9½ Uhr. Abfahrt der Züge um 6 und 7 Uhr von Bhf. Gesundbrunnen. Führer erwarten die Teilnehmer am Bhf. Hennigsdorf. Gäste willkommen.

Sport.

Der Kampf um die Fußballmeisterschaft wird am Sonntag, den 18. Juni, im Rahmen der Kampfspielwoche im Stadion zwischen dem „1. F. C. Nürnberg" und dem „Hamburger Sport-Verein" ausgetragen. Nürnberg hat gegen die Hamburger, die in Frankfurt a. M. überraschenderweise dem nächsten Anwärter auf die Meisterschaft „Wacker"-München mit 4:0 schlugen, seinen Meisterschaftstitel zu verteidigen, den er jetzt schon zweimal hintereinander zu erringen vermochte. Die Hamburger mit ihrem vorzüglichen Mittelläufer Harder und der stärksten norddeutschen Verteidigung haben Chancen, die die Nürnberger nur in sehr raschem und schwerem Kampf für sich gewinnen können. Den Sieger voraus zu bestimmen, wird unmöglich sein, weil beide Mannschaften in vollendeter Form auf den Platz kommen werden.

Billig und doch Qualitäten! Anzüge-Paletots-Schlüpfer-Covertcoats-Cutaways
aus erstklassigen, z. T. engl. Maßstoffen, heil u. blau Kammgarn usw.
jeder Maßarbeit gleich jetzt 985 bis 2500 Mark
im Leihhaus Brunnenstr. 5 am Rosenthaler Tor **Pelzwaren:** Kreuzfüchse, Zobel, Silberfüchse, Wölfe, Sport- und Gehpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Der Rosenkavalier
$6^{1/2}$ Uhr

Schauspielhaus
Napoleon
$7^{1/2}$ Uhr

Deutsch. Theat.
$7^{1/2}$: Potasch und Perlmutter
Sonnt. $7^{1/2}$: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
$8^{1/4}$: Vatermord
Sonnt. $8^{1/4}$: Vatermord

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
$7^{1/2}$: Die versunkene Glocke
Sonnt. $2^{1/2}$: Die versunkene Glocke
$7^{1/2}$: Die versunkene Glocke

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus
8 U.: „Gretchen"
Gläßner, Roberts.

Berliner Th.
7¾: Madame Pirl

Central-Theater
8 U.: Mädels v. Davos

Deutsch Opernhaus
$7^{1/2}$ Uhr:
Der fliegend. Holländer

Intimes Theater
8: Die Peitsche und ? — Lauf doch nicht immer nackt herum

Lustspielhaus
8 Uhr: Der Werwolf

Metropol-Theater
$7^{1/2}$ Uhr: Bajadere

Neues Operett.-Th.
Gastspiel der Rotter-Bühnen
8 Uhr: Vulkan

Neues Th. am Zoo
8 Uhr: Scampolo

Neues Volkstheater
$7^{1/2}$ U.: Schuster Aiolos

Schiller-Th. Charl.
8 U.: Charleys Tante

Thalia-Theater
$7^{1/2}$: Die Herren von und zu ...

Th. a. Hollendorfpl.
$7^{1/2}$ U.: Verliebte Leute

Theater d. Westens
$7^{1/2}$ U.: Bis früh um fünfe

Wallner-Theater
$7^{1/2}$ U.: Die beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater
8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe

Komische Oper $7^{3/4}$
Der Meister vom Montmartre
Offenbachs Liebeslieb.

Volksbühne
Theater a. Bülowpl.
$7^{1/2}$ Uhr:
Der Traum ein Leben

Lessing-Th.
Sommerspielzeit.
Allabendl. $7^{1/2}$ Uhr:
Die Ballerina d. Königs

Deut. Künstler-Th.
Sommerspielzeit
Allabendl. 8:
„Die erste Nacht"
Mus. v. Hugo Hirsch
Max Adalbert
Lily Flohr

Trianon-Th.
Täglich ⅛8 Uhr:
Moral
Burg, Limburg, Junkermann, Schroth

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Arnold Korff
Adele Sandrock

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
Auf d. Gartenb. 8 U.:
Berlin-Wien-Ausflugsfamul

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9
Täglich:
Die Prinzessin v. Nil
Operette in 3 Akten sowie Spezialitäten
Beginn 5 Uhr.

Wintergarten
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater a. Kottb. Tor
Moritzpl. 15977
Allabd. $7^{1/2}$:
Elite-Sänger

„Was sich d. Wald erzählt" — und „Der Täugling"

Zelt I.
Direktion: Richard Weise.
Täglich
ab 6 Uhr
Das große Varieté-Programm
Nachm. 3-6 Uhr und Sonntags mittag 11 bis 2 Uhr
Militärfreikonzerte
ausgeführt von den Kapellen der Reichswehr

Wien – Berlin
Jägerstraße 63a
8^{30}
Das Riesen-Varieté-Programm
4 Uhr
Kaffee
m. intern. Tanz-Vorführungen
Kalte und warme Küche
Kein Weinzwang!

Tauentzien Varieté
im Tauentzien-Palast
8^{30}
Das Weltstadt-Varieté-Programm.
4 Uhr
Tanztee
Kalte und warme Küche.
Kein Weinzwang.

Einladung
z. ordentlichen Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim am Sonnabend, d. 24. Juni d. J., 2 Uhr nachm. im Kreishause zu Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5 — Kreistagssitzungssaal.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht u. Abnahme der Jahresrechnung f. das Jahr 1921.
2. Antrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend um Zuteilung des Ortsteils Oberschöneweide zu ihrem Kassenbezirk. 166/5
3. Verschiedenes.
Die Herren Ausschußmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergebenst eingeladen.
Berlin, 16. Juni 1922.
Allgem. Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Neubecker, Vorsitzend.

Scala
Tägl. 8 Uhr
Internationales Varieté
Sonnt. 3.30 zu halb Preis d. volle Prog.

Reichshallen-Th.
Allabendl. $7^{1/2}$ Uhr:
Stettiner Sänger

Dönhoff-Brettl
tägl. $7^{1/2}$ U.

Möbel noch billig!
In großer Auswahl
Bar od. Teilzahlung
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Liefere auch auswärts!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! Achtung!
Karosseriebetriebe.
Montag, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Hoffer, Kl. Andreasstr. 10
Vertrauensmänner-Konferenz
der Metallarbeiter aus den Karosseriebetrieben Berlins.
Tagesordnung: 1. Welcher Branche wollen wir angehören? 2. Verschiedenes.

Montag, den 19. Juni, abds. $7^{1/2}$ Uhr, im Lokal von Doweleit, Jostystr. 7:
Vertrauensmänner-Konferenz der Bauschlosser.
Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Branchenangelegenheiten. 120/11
Die Ortsverwaltung.

Preußische Staatslotterie
Fast jedes zweite Los gewinnt:
6×1 Million
6×½ Million
6×300000
2×250000
6×200000
zus. 337000 Gewinne und 4 Prämien von über
319 Millionen
Ziehung d. 1. Klasse 27. u. 28. Juni

Amtlich.	⅛	¼	½	1/1 Lose
Lospr. M.	15.60	31.20	62.40	124.80

Porto und Liste M. 1.75 extra.
Schwarz Staatlicher Lotterie-Einnehmer Berlin NO 43 Gene Königstr. 86
Postscheckkonto Berlin 31150.
Lose auch zu haben bei
Schwarz Amtl. Mittelsperson Berlin NO 16 Neanderstrasse 28.
Telegramm-Adresse: Glücksnest Berlin.

Möbel!
Bar Teilzahlung
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelmöbel und farbige Küchen
kaufen Sie heute noch sehr
billig
weil ich noch sehr große Lagerbestände besitze, die ich billiger verkaufe, als ich dieselben heute einkaufen würde. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern
Beiser Lothringer Strasse 67

Kautabak-Niederlage
G. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel, Nordhausen
Fischer & Herwig, Hann.-Münden
M. Hansen jr., Hadersleben
Joseph Doms, Ratibor
Max Ziegenhals, C 2, Poststraße 1 Tel.: Zentrum 297.
Verkauf nur an Händler

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Arbeitskleidung
Hosen
von 150 bis 750 M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
— Gute Ware! —
Billigste Preise!
Gerh. Kohnen,
Neukölln,
Hermannstr. 76/77.

Heidelberger
Radium
Pastillen
hergestellt a. der Heidelberger radioaktiven Thermalquelle unter Aufsicht der Stadt. Heilmittel geg. Rheumatismus, Gicht. Zu beziehen in allen Apotheken und Drogerien.
Alleinvertrieb
Klinghoff & Korte
Fabrik pharmazeutischer Spezialitäten, Heidelberg.

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstlergardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Maßkorsetts
und Reparaturen
Fr. L. Bungartz
Neukölln, Reuterstr. 39
Fernsprecher: Neukölln 2310

Buchhdl. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2
Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottewitz
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
br. 12 M., geb. 18 M.

Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Dam.-Hemd., Handtüch., Tisch., Schürz.
Ausschneiden!
Eckebrecht, Hannoverstr. 9?

Zeitungspapier
gebündelt, kg 5.50
Hausmeister-Weinlumpen, flaschen
Hohe Preise
Neukölln, Weserstr. 178
Plangesch. Rein. Laden
Fernspr.: Neuk. 281.

„Servus" merke sich ein jeder, putzt die Schuh' – erhält das Leder.
Chem. Werke Lubszynski & Co A.-G. Berlin-Lichtenberg

Teilzahlung
Garderobe
für Damen, Herren und Burschen
sehr preiswert
infolge großer, alt. Lagerbestände
bei bequemen Ratenzahlungen
H. Tyra & Co.
Berlin, Reusselstr. 20

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise.
Edmund Voß, Bln.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbwaren.

Herrenartikel
Hüte, Mützen, Oberhemden, Unterwäsche, Handschuhe, Krawatten, Stöcke, Schirme, Westen, Socken, Träger etc.
gut preiswert
bei größter Auswahl
Deutsche Hut-Compag. Neukölln
Hermannstr. 42-43 schräg gegenüber Kindl-Brauerei
Vorzeiger dieses erhält 3 Proz. Rabatt.

Nasenröte, Sommersprossen
Pickel, Hautunreinigkeiten, Gesichtsröte usw., werden schmerzl., unmerkbar f. d. Umgeb., abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schälkur, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein. Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146. In Berlin erhältlich bei Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße.

ZUR FRAGE DER EINHEITSFRONT

Die proletarische Einheitsfront (Aufruf und Leitsätze der Exekutive der K. I.) .... Preis Mk. 1.20
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der K. I.) .... Preis brosch. Mk. 30.—, geb. Mk. 35.—
Karl Radek: Genua, die Einheitsfront des Proletariats u. die Kommunistische Internationale .... Preis Mk. 10.50
G. Sinowjew: Alte Ziele — neue Wege .... Preis Mk. 3.—
G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront .... Preis Mk. 10.50
L. Trotzki: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale .... Preis Mk. 9.—
Clara Zetkin: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg .... Preis Mk. 10.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom
VERLAG CARL HOYM NACHF.
LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 8

Preuss. Staats-Lotterie
750 000 Lose — 337 000 Gewinne im Gesamtbetrage von über
319 Millionen Mark
6 × 1 Million M.
6 × 500 000 M.
6 × 300 000 M.
Originallose zum amtlichen Preis:
⅛ 15.60 M., ¼ 31.20 M., ½ 62.40 M., 1/1 124.80 M.
Porto und amtliche Gewinnliste 3 Mark.
Ziehung 1. Klasse schon 27. und 28. Juni
Ritter,
i. Fa. **P. Raddatz & Co.**
Staatl. Lotterie-Einnahme, Berlin W 66
Leipziger Straße 123.
Postscheck 0810 3134

Verkäufe

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 875, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Silberfüchse 500.—, Kreuzfüchse 400.—, Wölfe 360.—, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel, Sportpelze, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. *

Monatsanzüge, wenig getragene Herrenkleider, neue Jackettanzüge verkauft billig Alexanderstraße 28a, hochparterre. (Gesellschaftsanzüge leihweise.)

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedenstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Autojacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Auf Teilzahlung. Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Feniger, Oranienburgerstr. 58, Seitenflügel (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9—7. Hausnummer genau beachten.

Kiegrads besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl, konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthalertor.

Anzüge 950, Gummimäntel 1250, verkauft Leihhaus Reinickendorferstr. 103, Nettelbeckplatz. Keine Lombardware. *

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Autojacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Erstklassige Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Kammgarnhosen, verkauft spottbillig Luft, Reichenbergerstr. 16, Etagengeschäft, gegenüber Hochbahnstation Kottbusertor.

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Roß, Gormannstr. 25/26, früher Mulackstraße. *

Weingartens Pfandleihe, Weinmeisterstraße 33, verkauft billig erstklassige Monatsgarderobe, Gehrockanzug, Jackettanzug, Cutawayanzug, Covercoats, Paletot, Schlüpfer, Hose. 1615*

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit, bequeme, diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Rosendorfstr. 23a, 2. Etage, Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7. *

Bettwäsche billiger! Enorm billiger Verkauf, Bettbezüge 130, 165, 275, Bettlaken 94, 140, 185, federdichte Inletts 325 an. Prima Ueberschlaglaken 375 bis 475. Paradekissen, starkfädiges Hemdentuch 38, Dimitt, Damast, Züchen, Handtücher, nur beste Qualitäten, fabelhaft billig. Fensterwaren unter Selbstkosten! Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Wäschefabriken Stumpe u. Jäger, Kottbuser Damm dreiundfünfzig. Landsberger Straße achtundachtzig. Größte Spezialfabriken für Bettwäsche. *

Bettwäsche billigst! Diese Woche riesige Preisermäßigungen! Bis 17. Juni Verkauf von angestaubten Bezügen 125.—, 135.—, 360.—, Kissen 34.—, Bettlaken 86.— an. Prima Ueberschlaglaken 375.—. Federdichte Inlette, prima Wäschestoffe, Dimitt, Damast, Handtücher enorm billig. Aussteuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik, Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Weinmeisterstraße).

Kredit — Rat. Gardinen, Madras, Stores, Bett- und Diwandecken, Anzüge, Schlüpfer, größte Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elsässerstraße 44 I, nahe Oranienburgertor. *

Möbel

Gelegenheit. Kleiderschrank 600.—, Vertiko 500.—, Umbaue, Sofas, Büfett 1300.—, Trumeaus, Schreibtische 900.—, Waschtoiletten 350.—, Flurgarderoben, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen 500.—, Standuhren, Nachttische, große Auswahl in Einzelstücken. Bettstellen. Stand Betten verkauft Gottlieb, Rügener Straße 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Versand auch nach außerhalb. Lieferung frei Haus. *

Ausnahmeangebot! Herrenzimmer, echteiche, große, dreiteilige Bibliothek mit aparter Schnitzerei und vorgebauten Kästen, schwergediegener Diplomat, komplett, mit Tisch, Lederstühlen, Sessel, Reklamepreis 17 500.—. Besichtigung führt zum Kauf! Möbelhaus Osten, nur 80, Andreasstraße 80.

Metallbetten 155.—, Polsterauflagen, Korbmöbel, billigste Gelegenheiten. Zingler, Neukölln, Weserstraße 212 I.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450.— an. Wolter, Stargarderstraße achtzehn. *

Metallbetten 300.—, Chaiselongues 325.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbrahtbett. Meicke, Auguststraße 32a, Quergebäude *

Wäsche, Möbel, Nachlässe, kauft Laß, Alexanderstr. 8a. *

Silberschmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1428*

Glühstrumpfasche! Spiegelabkratz! Quecksilber! kauft zu Engrospreisen Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Nabsell, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstr. 168.

Fahrradankauf, höchstzahlend, Gitschinerstraße 78. *

Nichts ist vorteilhafter
als ein Inserat unter „KLEINE ANZEIGEN" im Vorwärts. Sie sind billig und erfolgreich

Musikinstrumente

Bandonion billig. Döcker, Kraußtraße 17 (gewerblich).

Pianos, preiswerte Gelegenheiten, Rehbes, Brunnenstr. 160. *

Kaufgesuche

Schallplatten, Apparate, über Höchstpreis, Umtausch, Verleihung. Sprechmaschinen jeder Art, sachgemäß durchrepariert, verbessert. Baue jeden Apparat zum Trichterlosen um. Einkauf für Händler. Reparaturwerkstatt. Strelitzer Straße 47, Ecke Bernauer Str., Pietsch, Gegründet 1900.

Schallplatten, Umtausch, Kilo 30.—, Musikhaus Bergmannstr. 15. *

Prismenferngläser kauft Laß, Alexanderstraße 8a.

Fahrradankauf, Linienstr. 19. 1402*

Unterricht

Rudolf Maurers Privat-Zuschneideschule (Carrs-System), Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstr. 61, gegründet 1871. Herren- und Damen-Schneiderei, Wäsche, Modenkunstverlag. Telephon Zentrum 7360.

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse Herren-, Damenschneiderei, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Größte Sackstopferinnen für Fußbetrieb stellt ein Richard Hammerstein, Berlin O. 27, Schillingstraße 14. 130/10

Es werden sofort eingestellt:
Tüchtige
Schirrmeister
für Glühofenschmiede, besonders bewandert im Winkelbiegen, ferner ein tüchtiger
Vorarbeiter
für Schmiede, und ca. 10 bis 15 tüchtige, ältere
Dreher
Orenstein & Koppel A.-G.
Fabrik Spandau.

Tüchtiger
Meister
für Sirup- u. Honigfabrikation unt. günstigen Bedingungen gesucht. S. Neuburger, „Hotel Odessa", Berlin, Linienstr. 146. *

Gelernte
Auto-Lackierer
stellt laufend ein
Axthelm
Wagen- u. Karosseriefbr. Weimar

Metallschleifer
für Telephonteile verlangen 142/11*
Ludwig Sudicatis G. m. b. H.
Boxhagener Straße 76/78.

1 Vorarbeiter
vollständig vertraut mit Blechbearbeit. u. Schablonenspritzen
Einrichter
für Offenbacher Automaten gesucht
R. Frister Akt.-Ges.
Berlin-Oberschöneweide

Wickler
Eisendreher
Karusselldreher
Schlosser für Dampfturbinen
Schlosser für Stahlblechverschalung
Maffei-Schwartzkopff Werke, G. m. b. H.
Wildau, Kreis Teltow.

Automaten-Einrichter
Guttig-Offenbacher, für Werk Steglitz verlangen 142/12*
Ludwig Sudicatis G. m. b. H.
Boxhagener Straße 76/78.

Alleiniger Redakteur
für eine neuzugründende sozialdemokratische Tageszeitung mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung zum 1. Septemb. gesucht. Verlangt wird nur erste Kraft, die schriftstellerisch allen Anforderungen einer modernen politischen Tageszeitung entspricht. Gehalt nach den Richtlinien des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen mit Stilproben bis zum 15. Juli an die Weserwarte G. m. b. H., Minden, erbeten.

Botenfrauen und Männer
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Schwalbstraße 42
Bastianstraße 7
Boxhagener Str. 61
Greifenhagenerstr. 22
Immanuelkirchstr. 24
Danziger Platz 14/15
Marienstraße 36
Müllerstraße 34 a
Petersburger Platz 7.
Prinzenstraße 31
Steglitzer Straße 84
Waldstraße 9
Wilhelmshavener Straße 45
Borsigwalde, Räuschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Cederstr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Grenzstr. 23
Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56.
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 31